

**Auswärtiger Ausschuss**  
**Wortprotokoll**  
76. Sitzung

Berlin, den 20.02.2013, 12:00 Uhr  
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus  
Adele-Schreiber-Krieger-Straße, 10557 Berlin  
Sitzungssaal: 3.101

**Vorsitz: Ruprecht Polenz, MdB**

**TAGESORDNUNG:**

Thema der öffentlichen Anhörung:

**Die Fortentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)**

Die Sachverständigen:

- **Herr Niels Annen**  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin
- **Frau Claude-France Arnould**  
European Defense Agency, Ixelles/Belgien
- **Frau Dr. Ulrike Guérot**  
Senior Policy Fellow and Representative for Germany, European Council on Foreign Relations, Berlin
- **Herr Dr. Christian Mölling**  
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- **Herr Jürgen Wagner**  
Geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen

## **Gemeinsamer Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses am 20. Februar 2013**

- 1) Wie würden Sie den aktuellen Zustand der GSVP beschreiben? (Ausgangslage)
- 2) Brauchen wir eine neue Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)?
- 3) Welche Voraussetzungen, Möglichkeiten oder konkreten Maßnahmen sehen Sie, um eine gemeinsame europäische Willensbildung in der Sicherheitspolitik bei den politischen Entscheidungsträgern in den Regierungen und Parlamenten zu beginnen bzw. voranzubringen.

Wie könnten Mehrheitsentscheidungen in der GASP/GSVP ausgestaltet werden und welche Bereiche könnten darunter gefasst werden?

- 4) Was sind die Hintergründe für den Widerspruch zwischen Tendenzen der Rationalisierung von Außenpolitiken und dem Aufbau gemeinsamer europäischer Außen- und Sicherheitspolitik?
- 5) Wie bewerten Sie die Rolle des EAD innerhalb der institutionellen Architektur von GASP/GSVP?
- 6) Wie beurteilen Sie die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur für die Entwicklung der GSVP?
- 7) Wie beurteilen Sie die Praxis und Perspektiven einer parlamentarischen Kontrolle der GASP/GSVP?

Bedarf es aus Ihrer Sicht einer Änderung der EU-Verträge, um eine effektive parlamentarische Kontrolle von GASP/GSVP zu ermöglichen?

Wie sollten die Handlungsmöglichkeiten der interparlamentarischen Versammlung in diesem Zusammenhang ausgebaut werden?

- 8) Wie würden Sie die aktuelle Kooperation zwischen EU und NATO in der europäischen Sicherheitspolitik beschreiben und bewerten?

Welche Folgerungen leiten Sie daraus für die weitere Entwicklung der GSVP ab?

- 9) Welche wirtschaftlichen und industriellen Weichenstellungen sind für die Fortentwicklung einer europäischen Verteidigungskooperation relevant?

Beschreiben Sie die Rolle der Politik darin und die gegenseitige Einflussnahme von Politik und Rüstungsindustrie.

- 10) Wie würden Sie die Rolle Deutschlands im Rahmen des Pooling und Sharing beschreiben?

Mit welchen Problemen sieht man sich derzeit konfrontiert?

- 11) Was empfehlen Sie der deutschen und europäischen Politik mit Blick auf die zivilen und militärischen Potentiale?

Welche Ansätze einer Reform der GASP/GSVP würden Sie vorschlagen?

- 12) Sehen Sie in dem der GASP/GSVP zugrunde liegenden *Comprehensive Approach* auch Gefahren, etwa hinsichtlich der Ausweitung asymmetrischer Konfliktlagen und des humanen Völkerrechts?

Welche Möglichkeiten sehen Sie für eine kritische Evaluation des *Comprehensive Approach*-Ansatzes?

- 13) Welche Schlussfolgerungen/Lehren ziehen Sie aus den bisherigen zivilen und militärischen GSVP-Missionen und Einsätzen, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten *Lessons Learned*-Studie im Auftrag des EU-Parlaments vom April 2012 (*CSDP Missions and Operations: Lessons Learned Processes*)?
- 14) Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie für die Weiterentwicklung der GASP/GSVP aus der Evaluierung der Instrumente zur Konfliktprävention und des Friedensaufbaus der EU-Kommission vom Oktober 2011 (*EU Support to Conflict Prevention and Peace Building – Ref. 1291*)?

**Der Vorsitzende:** So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich eröffne die 76. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Wir führen diese Sitzung als öffentliche Anhörung zu dem Thema „Die Fortentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP)“ durch. Dazu darf ich Sie alle ganz herzlich begrüßen. Vor allen Dingen auch die Mitglieder anderer Bundestagsausschüsse, die an diesem Thema ein besonders Interesse haben, das sind Mitglieder des Verteidigungsausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Mein besonderer Gruß gilt aber unseren Sachverständigen, die jetzt in alphabetischer Reihenfolge links neben mir Platz genommen haben. Ich begrüße Herrn **Niels Annen** von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wir kennen ihn ja auch noch als Kollegen im Ausschuss. Er ist jetzt bei der Friedrich-Ebert-Stiftung für Internationale Politikanalyse zuständig. Mein besonderer Gruß gilt Frau **Claude-France Arnould**, die nicht nur seit dem 17. Januar 2011 die Geschäftsführerin der Europäischen Verteidigungsagentur ist, sondern sie hatte ja auch den längsten Anfahrtsweg. Wir bedanken uns bei Ihnen, dass Sie diesen Weg auf sich genommen haben und heute Nachmittag mit uns gemeinsam diskutieren werden. Ich begrüße Frau **Ulrike Guérot** vom European Council on Foreign Relations. Sie ist dort als Senior Policy Fellow und Repräsentantin für Deutschland tätig. Ich begrüße ebenfalls sehr herzlich Herrn **Dr. Christian Mölling** von der Stiftung Wissenschaft und Politik, und Herrn **Jürgen Wagner**, er ist Geschäftsführer des Vorstands der Tübinger Informationsstelle „Militarisierung“.

Ich selber will jetzt zu dem Thema wenig sagen, denn die Themenstellung spricht für sich selbst. Ich will nur darauf hinweisen, dass die rechtlichen Regularien, die wir uns im Vertrag über die Europäische Union und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union für die GSVP gegeben haben, einen großen politischen Spielraum ermöglichen. Wir werden sicher gleich hören, ob dieser ausreichend genutzt wird, beziehungsweise, ob und aus welchen Gründen er möglicherweise noch nicht effektiv genutzt wird. Einen Praxistest der GSVP haben wir übrigens nachher gegen ca. 16:45 Uhr im Plenum des Deutschen Bundestages, es geht um die 1. Lesung der beiden Mali-Mandate für die Trainingsmission in Mali (EUTM) und AFISMA.

Die Sachverständigen - und ich darf mich dafür bedanken - haben alle in dankenswerter Weise ausführliche schriftliche Stellungnahmen zu unserem Fragenkatalog eingereicht, der uns allen zur Verfügung steht. Ich glaube, es liegen auch noch Überdrucke vor dem Sitzungssaal, so dass diejenigen, die sich da informieren wollen, auch bitte bedienen können; jetzt für die Anhörung, damit wir auch vor allen Dingen die Zeit haben - in der begrenzten Zeit bis 15 Uhr –, mehr Zeit steht uns dafür insgesamt nicht zur Verfügung, dass Sie sich bei der Präsentation eingangs auf eine zusammenfassende Gesamtschau Ihrer schriftlichen Stellungnahme konzentrieren und das vielleicht in fünf bis maximal acht Minuten schaffen. Zur Hilfe läuft da oben - hoffe ich - die Uhr auch dann gleich mit. Frau Leindecker nickt, also das soll wohl klappen.

Abschließend möchte ich Sie noch davon unterrichten, dass wir diese Sitzung vom Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages aufnehmen lassen. Sie wird dann in ein bis zwei Tagen als Livestream dort zu sehen sein. Soviel zur Einführung, Herr Annen Sie haben das Wort.

**Niels Annen (Friedrich-Ebert-Stiftung):** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich will mich erst mal recht herzlich bedanken für die Gelegenheit, hier

aus einer für mich neuen Perspektive sprechen zu dürfen. Aufgrund der begrenzten Zeit lassen Sie mich aber gleich zur Zusammenfassung meiner Stellungnahme kommen.

Ich möchte mit einer Vorbemerkung beginnen, weil mir das wichtig ist, noch einmal darauf hinzuweisen und vielleicht auch sich selber noch einmal klar zumachen, unter welchen Rahmenbedingungen wir agieren in Europa, wenn wir über Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sprechen. Denn der Duktus der Debatte ist ja insgesamt - das lässt sich ja gar nicht leugnen – sehr, sehr negativ. Das heißt, wir haben auch aufgrund [.....] - denke ich - zum Teil vielleicht unrealistisch hohe Erwartungen. Eine öffentliche, wissenschaftliche, aber auch politische Diskussion, die insgesamt von Enttäuschung geprägt ist - wie ich meine, zu Recht - und dazu werden wir sicherlich auch in dieser Anhörung kommen. Aber es darf dabei nicht übersehen werden – und ich sage es etwas salopp: Man darf auch das Kind nicht mit dem Bade ausschütten -, es darf nicht übersehen werden, dass die Rahmenbedingungen für das Agieren von den Mitgliedsstaaten und insbesondere von den nationalen Regierungen gesetzt werden. Und deswegen will ich am Anfang sagen: Es gibt auch Entwicklungen, die man als positiv beschreiben muss. Ich glaube, wir haben mit dem PSK insgesamt ein funktionierendes Analysesystem, auf das sich europäische Entscheidungsträger inzwischen verlassen können. Was sich gut entwickelt hat: Wir haben trotz des hybriden und damit auch aus der institutionellen Aufstellung heraus an sich schon sehr, sehr schwierigen Charakters des neuen Europäischen Auswärtigen Dienstes [.....].zumindest einen ersten auch institutionell wichtigen Schritt gemacht, der sicherlich noch weiterer institutioneller Verbesserung und Reform bedarf. Aber auch damit haben wir ein erstes Instrument, das aus meiner Sicht unterm Strich doch einen Fortschritt symbolisiert.

Ich möchte mich in der kurzen Zeit aber jetzt gar nicht so sehr auf die Vorschläge konzentrieren, die vielleicht in der Diskussion noch eine Rolle spielen, an welchen Punkten wir konkrete Reformverbesserungen brauchen, sondern ich möchte auf einen Punkt hinweisen, der im Kern meiner Stellungnahme sich befindet. Ich glaube, dass wir nicht nur institutionelle Herausforderungen haben, sondern dass die eigentliche Krise der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik/Außenpolitik darin besteht, dass im Grunde genommen das gesamte verfügbare politische Kapital nicht nur in Brüssel, sondern vor allem in den nationalen Hauptstädten im Moment dadurch absorbiert wird, dass wir es mit einer nach wie vor nicht überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun haben. Das bedeutet, dass auch das politische Kapital – und, meine Damen und Herren Abgeordneten, Sie wissen wahrscheinlich sehr genau, auch aus den Erfahrungen in Wahlkreisen, in Diskussionen über Außenpolitik, wovon ich spreche -, das zur Verfügung stehende Kapital ist gering und deswegen gibt es auch wenig Risikobereitschaft, um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voranzutreiben.

Die Krise wirkt sich aus auf das, was ich als den entscheidenden Punkt und das entscheidende Kapital, nämlich die europäische Attraktivität des Integrationsmodells, sozusagen die europäische Softpower bezeichne; und die Tatsache, dass wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der Lage waren, einen Raum von Prosperität, Stabilität und Sozialstaatlichkeit in Europa auszuweiten. Das hat dazu geführt, dass die europäische Diplomatie über Fähigkeiten verfügt hat, über die andere Staaten nicht verfügt haben. Die Krise stellt diese Erfolge in Frage, und ich glaube, deswegen werden wir vermutlich auch nur eine größere Handlungsfähigkeit erleben, wenn wir die Finanz- und Wirtschaftskrise in hoffentlich absehbarer Zeit bewältigen können. Denn man könnte sagen, die Krise trifft uns zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt.

Eine der Fragen, Herr Vorsitzender, die Sie gestellt haben, war ja auch: Lohnt es sich, wäre es angeraten, die europäische Sicherheitsstrategie zu überarbeiten? Ich will die Antwort vorausschicken. Meine Antwort wäre: Es lohnt sich, sie zu überarbeiten und auch deswegen, weil die europäische Sicherheitsstrategie natürlich die ja fast revolutionären Entwicklungen auf der globalen Ebene der letzten Jahre gar nicht berücksichtigen konnte, nämlich den Aufstieg von selbstbewussten handlungsfähigen Akteuren - nicht nur China, sondern ich rede auch über Indien, Brasilien, Indonesien und andere Staaten, die dabei sind, die internationale Architektur zu verändern. Es ist vielleicht nur ein bisschen übertrieben zu sagen: Eine Stimme der Europäischen Union in dieser global stattfindenden Debatte gibt es zurzeit eigentlich nicht. Es gibt die Stimme beispielsweise unseres Landes, Deutschland, das ökonomisch - wie wir alle wissen - im Moment gut da steht und sich eine Handlungsfähigkeit bewahrt hat. Darin liegt aber auch in gewisser Weise ein Problem, auf das ich hinweisen will, exemplarisch, weil wir als Akteur auftreten und immer stärker als Nation wahrgenommen werden.

Das ist auch ein Teil der Antwort, die Sie ja - glaube ich - von mir erwarten auf die Frage, ob wir eine Tendenz zur Renationalisierung feststellen müssen. Ja. Meine Antwort wäre: Wir stellen eine Tendenz zur Renationalisierung fest. Sie findet aber auf völlig unterschiedlichen Ebenen statt. Sie findet auf der Ebene statt eines Landes wie Deutschlands, das von außen als starker Akteur wahrgenommen wird, Regierungskonsultationen mit Ländern wie China und Brasilien und Indien durchführt, auf einer protokollarischen Ebene, wie wir das in der Form noch nie festgestellt haben. Sie findet aber auch statt auf Ebenen von Staaten, die im Moment vollkommen damit beschäftigt sind, ihre eigene Krise zu bewältigen und deswegen im Grunde genommen sich aus dem Prozess herausziehen. Dieser Befund ist aus meiner Sicht der eigentlich dramatische Befund, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Und mit Blick auf die Zeit, Herr Vorsitzender, glaube ich - und das ist vielleicht etwas verkürzt dargestellt, ich bitte das zu entschuldigen -, aber ich glaube, wenn wir nicht in der Lage sind, in der Debatte, die vor uns liegt - und eine Überarbeitung der ESS könnte ein Anlass dazu sein, den Blick über den europäischen Tellerrand hinaus zu richten und uns die Frage zu stellen, was passiert eigentlich gerade in internationalen Institutionen, wo Europäer beispielsweise an Stimmengewicht verlieren. Was passiert in den Debatten innerhalb der Vereinten Nationen? Eine traditionelle Stärke der europäischen Politik, sich in eine multilateralen Verbund zu organisieren, mit regionalen Institutionen auch erfolgreich zusammen zu arbeiten.

Können wir es uns dort eigentlich leisten, uns auf eine Art informelle Koalition der europäischen Willigen zu verlassen, wenn in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Probleme auftreten, kriegerische Konflikte auch unsere Sicherheit bedrohen, wie wir das in den letzten Monaten, beispielsweise in Libyen, aber jetzt auch in Mali erlebt haben? Ich glaube - und das ist mein letzter Satz, Herr Vorsitzender -, bei der Tendenz, die wir beobachten, müssen zum Teil dramatische Einschnitte nicht nur beim Militär, sondern auch bei den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen für Diplomatie, Außenpolitik, kulturelle Repräsentanz dessen, was wir dort als europäischer Kontinent zu vertreten haben [.....] werden wir in den nächsten Jahren einen Leidensdruck erfahren, der uns vor die Frage stellt, entweder gar nicht mehr gemeinsam aufzutreten oder sich zusammenzuraufen. Mir scheint, wir sind im Moment in einer Situation, wo sich das Handlungsfenster noch nicht geschlossen hat, diesen Prozess politisch zu gestalten. Darauf kommt es an, diesen Prozess politisch zu gestalten. Das wird aber ohne die Bereitschaft dafür, auch ein Risiko einzugehen, ein politisches Risiko, aus meiner Sicht

nicht funktionieren. Und damit beende ich meinen Vortrag. Ich danke nochmal für die Einladung.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Annen, vor allen Dingen auch, dass Sie sich an den Zeitrahmen gehalten haben. Ich darf jetzt Frau Claude-France Arnould das Wort geben.

**Claude-France Arnould (European Defence Agency)<sup>1</sup>:** Ich möchte mich entschuldigen, dass ich nicht auf Deutsch diese Vorbemerkung mache, aber auf Französisch. Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, auf Französisch zu sprechen.

Über Fragen, mit denen sich die Europäische Verteidigungsagentur beschäftigt, diskutierte man im Allgemeinen in fachlicher Hinsicht oft weder in deutscher noch in französischer, sondern in englischer Sprache.

Ich möchte mich natürlich - aufgrund meiner Tätigkeit - in diesen wenigen Minuten auf Fragen über die Entwicklung von Fähigkeiten konzentrieren, weil dies die Aufgabe ist, mit der die Europäische Verteidigungsagentur betraut wurde. Und dies ist auch, so glaube ich, eines der sehr wichtigen Mittel, um die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzubringen und ihre Effizienz und Sichtbarkeit zugleich innerhalb der Europäischen Union und auch gegenüber unseren Partnern zu zeigen.

Die Europäische Verteidigungsagentur ist ein Instrument besonderer Art. Es handelt sich um eine zwischenstaatliche Beratungsagentur, die den Ministern und den Verteidigungsministern zur Verfügung steht, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu organisieren und alles Notwendige zur Förderung dieser Zusammenarbeit beizutragen. Es handelt sich um eine ganz kleine Struktur. 120 Personen. Das ist vielleicht ein bisschen klein, aber ich glaube, es ist von Vorteil, diese Flexibilität zu besitzen. Und es ist eine Struktur, die es ermöglicht, einerseits „à la carte“ tätig zu werden, d.h. wenn nur einige Mitgliedstaaten interessiert sind, im Hinblick auf die Entwicklung einer bestimmten Fähigkeit voranzukommen, und zugleich in anderen Bereichen tätig zu sein, in denen der Mehrwert des gemeinsamen Handelns ganz eindeutig ist – beispielsweise alles, was die Zertifizierung, die normativen Aspekte betrifft – d.h. dies mit 26 Mitgliedstaaten zu tun. Ich spreche von 26, weil Dänemark kein Mitglied der Europäischen Verteidigungsagentur ist.

Daher ist die erste Aufgabe der Agentur, die auch im Zentrum Ihrer Debatte um „Renationalisierung oder gemeinsame Arbeit“ steht, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu organisieren, insbesondere rund um dieses Stichwort, das in Deutschland seinen Ursprung hat, dieses Motto des „Pooling und Sharing“, der gemeinsamen Nutzung. In diesem Punkt – und ich glaube, dass dies eine der Antworten auf Ihre Frage zum Thema „Bereitschaft zur Zusammenarbeit oder Renationalisierung“ ist – haben sich die Verteidigungsminister auf einen Verhaltenskodex hinsichtlich der Zusammenarbeit geeinigt, kürzlich, auf einem Treffen im November. Sie haben sich im Übrigen sehr rasch, innerhalb von zwei Monaten, nach Gesprächen auf informeller Ebene auf diesen Verhaltenskodex geeinigt. Was bedeutet das nun? Dies kann ein Kodex wie jeder andere sein. In der Tat glaube ich, dass dadurch ein sehr starker Wille zum Ausdruck kommt, wenn man für einen souveränen Bereich vorsieht, dass einzelstaatliche Entscheidungen auf gemeinsamen Entscheidungen beruhen sollen. Das Kernelement dieses Verhaltenskodex ist, dass bei der beabsichtigten Entwicklung einer

---

<sup>1</sup> Übersetzung wurde angefertigt von WI 1.

Fähigkeit von vornherein die Option der Zusammenarbeit die erste zu prüfende Option ist. Und um es noch einmal deutlich zu machen: Dies gilt von Anfang an und für alle Aspekte militärischer Fähigkeiten, d.h. auch für Ausbildung, Logistik und Unterstützung. Und es dient auch dem Ziel, so rasch wie möglich herauszufinden, was man im Bereich der Forschung und Technologie gemeinsam erreichen kann.

Und in diesem Zusammenhang findet auch, so glaube ich, ein ganz wichtiges Element der Zusammenarbeit Berücksichtigung, und zwar, dass nicht alles mit 26 oder 27 Staaten machbar ist, oder mit 28 Mitgliedstaaten, wenn wir von der NATO sprechen. In vielen Bereichen werden nur einige Staaten zusammenarbeiten können, insbesondere in einem regionalen Rahmen. Das gehört also auch zur Zusammenarbeit, dass der Einsatz weniger Staaten unterstützt werden kann, dass diese Einsätze weniger Staaten als Katalysator dienen und dass zugleich ein bestimmtes Kohärenzniveau erhalten bleibt, damit durch die Zusammenarbeit einiger Weniger oder durch eine regional begrenzte Zusammenarbeit keine größeren Überschneidungen oder Defizite im Bereich unserer Fähigkeiten entstehen und damit man nicht jedes Mal wieder neu lernen muss, was zu tun ist.

Im Lichte der festgestellten Defizite – denn in dem Augenblick, in dem man den Willen zur Zusammenarbeit bekräftigt, muss man schon sehr konkret werden – haben die Mitgliedstaaten sich über die Europäische Verteidigungsagentur bemüht, sehr konkrete Fähigkeiten zu verbessern, bei denen ganz bestimmte Defizite festgestellt wurden. Dazu zählen insbesondere Fähigkeiten im Hinblick auf den Einsatz der europäischen Streitkräfte, beispielsweise die Luftbetankung, beispielsweise Programme zur Ausbildung von Piloten, insbesondere von Hubschrauberpiloten, ein sehr wichtiges Element, bei dem Deutschland immer eine wichtige Rolle gespielt hat, nämlich der Schutz der Truppen, insbesondere die medizinische Unterstützung, Feldlazarette – daran besteht auch bei den derzeitigen Operationen immer noch Bedarf -, die Laboratorien zur Analyse improvisierter Sprengkörper (Counter IED Forensic Laboratory) und die Fähigkeit zur Verbesserung aller Überwachungs- und Aufklärungsmöglichkeiten, insbesondere im Rahmen der Seeraumüberwachung und – ich weiß nicht welcher Begriff im Deutschen bevorzugt wird – in Brüssel spricht man von „Remoted Piloted Air Systems“ oder „Unmanned Air Systems“.

Wir müssen dafür sorgen, dass diese Fähigkeiten – und ich sage es noch einmal – ganz gleich in welchem Rahmen verfügbar sind, und es muss auf politischer Ebene entschieden werden, ungeachtet dessen, ob dies im Rahmen der NATO, der Europäischen Union oder auf einzelstaatlicher Ebene erfolgt. Zwei Dinge dürfen allerdings nicht missverstanden werden: Man geht davon aus, dass Zusammenarbeit und Souveränität einander ausschließen, sie sind aber tatsächlich miteinander vereinbar, wie einige Erfahrungen beispielsweise im Zusammenhang mit dem Europäischen Lufttransportkommando EATC gezeigt haben, und Verfügbarkeit ist in gleicher Weise mit den souveränen Rechten und Befugnissen der nationalen Parlamenten vereinbar.

Die zweite Aufgabe der Agentur– und hier werde ich mich kürzer fassen – ist es, die Interessen der Verteidigungsgemeinschaft im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken zu vertreten. Zahlreiche Politiken der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, haben Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeiten. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Auswirkungen berücksichtigt werden, dass sie unsere Missionen und Verteidigungsmöglichkeiten nicht negativ beeinflussen und dass die militärischen Akteure zugleich auch einen Beitrag leisten, und zwar einen positiven Beitrag. Der



Schlüsselmoment dafür wird der Europäische Rat sein, und ich stimme voll und ganz mit dem überein, was Herr Annen über die notwendige politische Unterstützung gesagt hat. Damit wären wir bei der politischen Zuständigkeit. Es bietet sich nun diese Gelegenheit - die Staats- und Regierungschefs haben Fragen im Zusammenhang mit der Effizienz der GSVP und Fragen zur Verteidigung auf ihrer Tagesordnung -, um eine Botschaft zu übermitteln, die politisch gesehen sehr wichtig erscheint und die sagen will, dass Verteidigung nicht alles ist – die Lösung liegt bei weitem nicht in der Verteidigung allein -, aber dass die Verteidigungsfähigkeiten und die Handlungsfähigkeit im Bereich der Verteidigung einen Teil der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten darstellen, unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Zweitens ist dies auch Teil unseres technologischen, industriellen und wirtschaftlichen Potentials und gehört zur Agenda für Wachstum, Beschäftigung und Innovation. Außerdem sind die Fragen, die den Markt und die Industrie betreffen, von zentraler Bedeutung und müssen im Zusammenspiel miteinander untersucht werden, insbesondere - wie bereits gesagt – im Hinblick auf die technologische Forschung, die absolut wegweisend für die Zukunft sowohl des zivilen als auch des militärischen Bereichs ist. Dies bedeutet – und ich schließe meine Ausführungen mit folgender Bemerkung ab –, dass wir diese Möglichkeit haben, Verteidigungsfragen einerseits bei den Staats- und Regierungschefs zur „Chefsache“ zu machen und andererseits eine Unterstützung zu erhalten, die für uns natürlich von grundlegender Bedeutung ist, weil dies die Zuständigkeit der nationalen Parlamente betrifft. Da es eine Synergie gibt, gibt es offensichtlich auch eine Zuständigkeit des Europäischen Parlaments für eine ganze Reihe von Bereichen, die ich genannt habe und die wir... Meiner Ansicht nach besteht unsere einzige Möglichkeit, den Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, zu begegnen, darin, die Gesamtheit dieser politischen Legitimitäten in Einklang miteinander zu bringen. Und zu diesem Zwecke zu zeigen, dass das, was bereits getan wird und was noch besser gemacht werden könnte, wenn das vorhandene Potential und die Strukturen besser genutzt würden, zugleich verständlich, lesbar, legitim und – wie Sie bereits sagten, Herr Vorsitzender – effizient ist. Ich glaube, dass dies auch ein Schlüsselement für die politische Akzeptanz ist. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank Frau Arnould auch dafür.

**Dr. Ulrike Guérot (European Council on Foreign Relations):** Sehr geehrte Damen und Herren, [...] in dieser Anhörung mit empfehlen zu dürfen, wo die europäische Lage zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik sich momentan befindet.

Ich nehme das auch wahr in meiner Funktion als Vertreterin des ECFR, wo wir das Gefühl haben [...] Es haben andere Personen des ECFR's mitgearbeitet an der Abfassung meiner Antworten auf den Fragebogen, so dass wir sicherstellen wollten, dass wir europäische Antworten einfließen lassen in diese Anhörung, wie sich die Situation aus gesamteuropäischer Sicht vielleicht darstellt. Ich schließe mich da - glaube ich - sehr an die Gesamtdarstellung an, die auch Herr Annen eigentlich so vom Tenor her vorgetragen hat, dass wir mit Blick auf die vermeintlichen Gemeinsamkeiten nicht da sind, wo wir vielleicht stehen könnten im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Und das liegt an vielen Sachen.

Sicherlich hat es, als es 1999 los ging, eine relativ intensive Dynamik gegeben, die vielleicht auch die Blütejahre der GSVP gewesen sind. Zunächst aber: Wir können - glaube ich - aus der Retrospektive sagen, dass sich die Erwartungen des Lissaboner Vertrags,

der ja auch besonders „designed“ war, um Fortschritte in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik über die GSVP zu bringen, dass sich diese Erwartungen vor allen Dingen im militärischen Bereich nicht so erfüllt haben, wie wir uns das vielleicht vorgestellt haben.

Wir erinnern uns, dass wir alle sehr hoffnungsfroh waren, dass beim Übergang von Herrn Solana in die Verrechtlichung oder auch Institutionalisierung dieser Position, dass wir große Erwartungen hatten an eine Art Durchbruch. Und der hat sich, denke ich, so nicht materialisiert. Das kann man auch ablesen an den eigentlich sehr wenigen Einsatzmissionen, die stattgefunden haben zwischen 2008 und heute, im Gegensatz zum Zeitraum davor. Das heißt, wir haben sicherlich ein Problem des politischen Willens, der ja vielfach auch in der Diskussion und in der Literatur in der öffentlichen Diskussion beklagt wird, der wiederum sehr viel zu tun hat sicherlich auch mit der Finanzkrise - ich werde darauf zurückkommen -, weil es ist natürlich klar, dass die Finanzkrise vielleicht die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte der Europäischen Union als solches komplett überschattet hat, und dass wir uns diesen Themen durch den Druck der Finanzkrise eigentlich so nicht zugewendet haben, wie wir uns vielleicht ihnen hätten zuwenden sollen.

Dann muss man sicherlich hinzufügen, dass natürlich mit dem Aufbau – das ist ja auch eine Ihrer Fragen gewesen – des Europäischen Diplomatischen Dienstes und welche Rolle er in der Entwicklung gespielt hat, man auch hier sicherlich im Grunde leider wird attestieren müssen, dass sich hier aus mannigfaltigen Gründen die Erwartungen zumindest noch nicht so erfüllt haben, wie wir das uns vielleicht erhofft haben. Es wurde auch viel der Person von Frau Ashton zugeschrieben, wovon ich das hier aber ausnehmen möchte. Sondern wir sind - glaube ich - in einen Zustand gelaufen, wo wir seit 2007 unter ganz erschwerten, auch bürokratischen Bedingungen, wie sich das Verhältnis zwischen Kommission und EAD ausgeht, in bürokratische Probleme gestolpert sind, die beim Aufbau des Europäischen Dienstes heute noch nicht überwunden sind. Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich positiv, dass jetzt eine Revue des Europäischen Diplomatischen Dienstes stattfindet, wo man sehr fokussiert die Zuständigkeiten, die Budgetkompetenzen, die Entsendung - vor allen Dingen die Auslandsmissionen der Europäischen Union - ansprechen wird, um hier alleine im bürokratischen System noch Verbesserung zu schaffen. Sicherlich wird man unterm Strich sagen können, dass das vielleicht auch Kinderschuhe sind beim Aufbau eines Diplomatischen Dienstes. Es ist jetzt auch besser geworden, seit dem die nationalen diplomatischen Corps dem EAD sozusagen zugeführt worden sind. Insofern kann man eigentlich hoffen, dass wir nach den ersten Kinderkrankheiten des EAD hoffentlich in eine bessere Rolle dieses Dienstes jetzt kommen in den nächsten Jahren. Das strukturelle Problem scheint trotzdem zu sein, dass die erwartete politische Initiative, die von diesem Dienst ausgeht, auch mit Blick auf die GSVP, dass sich die nicht materialisiert hat. Soll heißen, Frau Ashton wie sicherlich auch Herr Barroso in der Kommission, verstehen sich derzeit aus verschiedenen Gründen, die es hier nicht auszuführen gilt, eher als Koordinatoren von europäischen Positionen, als dass sie denn die eigene europäische Initiative vorbringen, vor allen Dingen in kritischen Situationen, wie etwa Mali. Und dieses politische Defizit, sozusagen der Initiativnahme durch den Europäischen Diplomatischen Dienst, ist sicherlich eines der Probleme, von denen man nur hoffen kann, dass es sich über die Zeit ausdünn.

Insofern wurde es vielfach angesprochen, auch von Herrn Annen. Es wurden verschiedene Mittel wie z.B. ständig strukturierte Zusammenarbeit de facto noch gar nicht ge-

nutzt. Das heißt, der Blick darauf, welches Instrumentarium der GSVP eigentlich gut ist, kann eigentlich gar nicht empirisch unterfüttert werden, weil verschiedene Instrumente de facto noch gar nicht genutzt worden sind, wir also gar keine Erkenntnis darüber haben, was denn passiert würde, hätten wir diese Instrumente einmal benutzt. Sicherlich wird man sagen können - das ist auch vielfach in den Papieren, die jetzt hier vorgelegt wurden, nicht nur von mir so aufgeführt und angeschrieben worden -, dass die zivile Seite tendenziell besser funktioniert als die militärische, dass die eigentlichen Probleme in der militärischen Kooperation zu suchen sind und dass das natürlich sehr viel – das finden Sie in meinem Papier, aber auch in dem von Herrn Dr. Mölling – zu tun hat mit dem Verhältnis NATO – EU, wo es immer noch diese Vermutung gibt, dass für das hard-core-militärische Geschäft einfach die NATO zuständig ist. Das ist eine kulturelle Bauchverankerung, die noch ein bisschen was Reflexartiges hat und die natürlich dann im Grunde in Debatten führt, die auch ein bisschen irreführend sind.

Die eine Debatte, die immer wieder hier kommt, ist natürlich die von Doppelung von Strukturen, die es zu vermeiden gilt, obwohl, wie Frau Claude-France Arnould das gesagt hat, es ja gar nicht darum geht. Es ginge ja erst mal darum, dass Europa ein gebündeltes militärisches Potenzial zur Verfügung stellt, das dann alternativ mit NATO-Mandat oder eben als GSVP-Mandat zum Einsatz käme. Aber es ginge um sozusagen die gleichen militärischen Fähigkeiten und eben nicht um eine Doppelung. Insofern hat das, glaube ich, sehr viel mit noch Traditionsbewusstsein, einem nicht genügenden Herausschälen der Gestrukturen aus den NATO-Strukturen zu tun. Und das gilt nicht nur, aber besonders für Deutschland. Und das ist natürlich, wenn man sich jetzt auch den Diskussionsstand der Münchner Sicherheitskonferenz von 2013 anguckt und die Einlassungen des US-Vizepräsidenten, natürlich bedenklich vor dem Hintergrund dieser Diskussion um „Asian Pivot“, dass im Grunde die Frage der europäischen, auch militärischen Selbständigkeit und Eigenständigkeit gerade auf Europa zurückgespiegelt und zurückgeworfen wird und wir zu dieser Frage der Eigenständigkeit im Comprehensive Approach - ich will mal sagen -, dass wir uns in der Diskussion ein bisschen darum herum drücken. Wir machen sozusagen antizipatorisches Krisenmanagement, auch Post-Crisis Solution und das schwarze Loch ist eigentlich dieser Bogen der Konfliktverhütung, Konfliktnachbildung. Es ist ein bisschen dieses wirklich [...] der militärische Einsatz, und da hat Frau Claude-France Arnould schon sehr konkret ausgeführt, im Bereich von Luftwaffe oder so, wie das mit ein paar Instrumenten der Zusammenführung vielleicht überwunden werden könnte.

Zwei kurze Worte zur spezifischen Rolle Deutschlands, weil eben auch heikle Fragen des Parlamentsvorbehaltes in dem Fragebogen angesprochen wurden, und ich mich da jetzt auch nicht darum herum drücken möchte. Zumindest in einer - um das jetzt mal so auch sublimiert zu sagen - europäischen Wahrnehmung gilt Deutschland als tendenziell NATO-lastig auch von seinen Bürokratien her und als noch nicht so richtig GSVP-committed, um das mal so zu formulieren. Und sicherlich wird Deutschland zugebilligt und konzidiert, dass wir sehr stark im ZIF, im zivilen Bereich sind und mehr noch als die rechtliche Komponente dieses Parlamentsvorbehaltes, der ja hier auch in Papieren aus Abgeordnetenkreisen, schon problematisiert wurde, um es so zu sagen. Mehr noch um die rechtliche Bedeutung scheint es darum zu gehen, dass sich Deutschland der Diskussion seiner strategischen Kultur und seiner strategischen Diskussionsfähigkeit stellt. Und natürlich ist klar, dass der Parlamentsvorbehalt noch keinen GSVP-Einsatz wirklich zunichte gemacht hätte und dass sich das als rechtliche Frage nicht stellt. Aber es stellt sich tatsächlich so ein bisschen als Vertrauensfrage im europäischen Kontext, und das sind dann Fragen der Verlässlichkeit oder der Tatsache,

dass man die deutsche Position und wie es sich dann bei einer Abstimmung auswirken würde, nicht richtig einpreisen kann. Also es geht tatsächlich, glaube ich, um eher kulturelle diskursive Aspekte, wie Deutschland jetzt den Ball aufspielt, sich selber erst mal eine deutsche nationale Sicherheitsstrategie auch zu geben, damit wir verlässlich sind, darstellbar, in dem, was wir für die GSVP wollen.

Zu der rüstungspolitischen Komponente werde ich nicht viel sagen, da hat - letzter Punkt - Claude-France Arnould sicherlich alles ausgeführt, was es hier zu sagen gibt. Auch hier würde ich lieber nochmal kulturell oder diskursiv den Punkt machen, wie solche Debatten teilweise verloren gehen können. Ich will gar nicht die Frage stellen: EADS, um jetzt konkret zu sein, war es jetzt ein deutsches Zögern oder ein französisches Zögern und warum sind wir da nicht zusammengekommen? In der Entfaltung der Wirkung dieses nicht stattgefundenen Mergers haben wir aber einen leidenden diskursiven und kulturellen Stoß gegen eine europäische Rüstungskultur gesetzt in der Diskussion, der schwer aufzufangen sein wird, weil wir uns strategische Kapazität im militärischen Bereich versagen, wie wir für die Metaebene, nämlich die Entwicklung einer strategischen Kultur eigentlich brauchen würden, und ganz egal, wie man das im einzelnen bewertet, allein die Tatsache, dass in der „Perzeption“ - und ich betone „Perzeption“ -, bei den Franzosen, beim EADS viel angekommen ist, dass Deutschland sich hier nationale Kontrolle über seinen rüstungspolitischen Sektor nicht nehmen lassen will. Ich sage bewusst: in der „Perzeption“, ob das richtig ist oder falsch, sei dahingestellt. Allein die „Perzeption“ spielt ja doch eine Rolle und das bringt mich zu dem Begriff, der auch hier zentral ist.

Wir müssen über den Begriff der Solidarität und der Souveränität komplett neu nachdenken in diesem Kontext. Beim Parlamentsvorbehalt, wie bei grenzüberschreitender, rüstungspolitischer Zusammenarbeit wird es darum gehen, dass wir einen im Grunde antiquierten Souveränitätsbegriff überdenken, neu fassen und dahingehend neu fassen, dass es möglich sein wird, in integrierten Strukturen auch kollektiv zu entscheiden darüber, was eingesetzt wird und darüber, was gebaut wird. Natürlich fair verteilt, aber daran, glaube ich, hakt die gesamte Debatte dieser Verkopplung von Territorium an Souveränität, an Verteidigung. Und das gilt es eigentlich erst mal diskursiv aufzulösen, wenn wir mit der GSVP weiter kommen wollen. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Guérot. Als nächstes hat das Wort Herr Dr. Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

**Dr. Christian Mölling (Stiftung Wissenschaft und Politik):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank für die Einladung. Sehr geehrte Abgeordnete, ich werde mich auch in meinen Ausführungen mehr auf die militärische Seite beziehen. Ich sehe, das es etwas bedauerlich ist, weil wir doch etwas militärlastig werden. Es gibt bei uns im Haus genug Kompetenz, was die zivile Seite angeht, deswegen wollte ich die hier nicht mit abbilden. Das war die erste Vorbemerkung.

Zweite Vorbemerkung: Ich glaube, dass der Rahmen GSVP zwar traditionell gesetzt ist, dass es aber mittlerweile sinnvoller geworden ist, sich nicht mehr um einen institutionellen Rahmen zu kümmern, sondern sich vielmehr die Frage europäischer Sicherheit und Verteidigung zu stellen. Also erst über Politik zu reden und dann über die institutionellen Rahmen, in dem Politik stattfinden soll. Ich glaube, an dem Punkt drehen wir es ein bisschen um, denn das hier ist auch ein Auswärtiger Ausschuss und nicht ein

GSVP-Ausschuss. Das heißt, Sie befassen sich mit all den anderen Fragen ja auch und müssen versuchen, all das nachher irgendwie zusammenzubringen.

Libyen, Syrien und Mali haben drei Dinge gezeigt. Erstens: Die klassischen Sicherheitsorganisationen haben nicht mehr die bedeutende Rolle, die sie vielleicht vor 20 Jahren einmal gehabt haben. Diese Fälle zeigen zweitens, dass es trotzdem kein Staat alleine schaffen kann, seine Probleme oder auch die der europäischen Gemeinschaften effektiv und legitim alleine zu lösen, in dem er alleine entscheidet und alleine handelt. Das verweist drittens auf einen größeren Zusammenhang, nämlich dass sich die Sicherheitsgemeinschaft Europas doch entscheidend verändert hat. Nicht über die letzten zehn Jahre, sondern eigentlich schon über die letzten vielleicht 30 oder 40 Jahre hinweg, dass die Integrationsgemeinschaft hin zu einer Interventionsgemeinschaft geworden ist. Wir integrieren weiterhin, wir machen Europa als Sicherheit voreinander, so haben wir angefangen mit der NATO und mit der Europäischen Union, aber wir fangen natürlich auch an, mittlerweile immer mehr und mehr unser Umfeld zu gestalten, nicht durch militärische Interventionen, aber durch zivile Interventionen, durch Handel, durch Nachbarschaftspolitik. All das sind ja Interventionen, wenn Sie so wollen, in auch politische Systeme anderer Staaten. Also deswegen definieren Sie Sicherheit auch immer mehr funktional und nicht mehr territorial. Wie Terrorismus oder Energiesicherheit können Sie eben nicht mehr auf Ihre eigenen Territorien bestimmen und lösen, sondern Sie sind darauf angewiesen, das mit anderen zusammen zu machen, und deswegen wirkt dies auch auf die Frage von Souveränität zurück.

Also die Frage, wer entscheidet und wie wird entschieden und wie wird gehandelt. Dementsprechend ist die traditionelle Vorstellung von Souveränität als autonome Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit immer mehr und mehr in ein Spannungsverhältnis getreten. Zu der Tatsache, dass eigentlich erst gemeinsame Handlungsfähigkeit z.B. die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, erst die Handlungsfähigkeit die Voraussetzung dafür schafft, über ein Problem überhaupt mitentscheiden zu können. Also erst wenn Sie bereit sind, gemeinsam zu handeln, sind Sie auch in der Lage, ein Problem für sich tatsächlich überhaupt noch entscheidend zu lösen und bei der Problemlösung überhaupt noch teilnehmen zu können. Das Problem hat bestanden, wie gesagt, noch bevor wir Lissabon oder sonst irgendwelche Verträge geschlossen haben. Schlaglicht ist sicherlich die europäische Sicherheitsstrategie, die gesagt hat, 2003 wollen wir fähiger werden, wir wollen aktiver werden, kohärenter und wir wollen mehr mit Partnern zusammenarbeiten. In der Kürze der Zeit würde ich sagen, das ist so nicht umgesetzt worden. Es zeigt sich auch ganz wundersamerweise, dass diese ESS und die dahinterstehende Philosophie keine fixe Idee gewesen ist, sondern dass die Nichtumsetzung dieser Erkenntnisse, die man damals schon gehabt hat, ganz massive Folgen zeigt. Und zwar, dass die Folge davon politische Handlungsunfähigkeit aller Beteiligten ist.

Ich will Ihnen ein paar schlaglichtartige Beispiele nennen:

- Die Institutionen insgesamt haben den Bedeutungsverlust im Grunde genommen seit 2008 dafür zu kassieren.
- Wir haben eine Entpolitisierung der EU-Ebene.
- Wir sehen, dass die europäischen Mitgliedsstaaten zwar 50.000 Soldaten zurzeit im Einsatz stehen haben, aber nur 3.000 davon werden von der Europäischen Union sozusagen gemanagt in irgendeiner Art und Weise.

- Der Lissabon-Vertrag oder die relevanten GSVP-Passagen sind nicht implementiert bzw. bisher nicht genutzt worden.
- Der EAD, habe ich mir kurz aufgeschrieben, ist eigentlich gescheitert.

Man kann das netter formulieren, aber im Grunde genommen ist die Chance, die man gehabt hat, auch durch den Lissabon-Vertrag gegeben, nämlich hier kohärenter zu werden, vergeben gewesen, weil man es nicht geschafft hat oder sich nicht bemüht hat, in erster Linie als erstes eine gemeinsame Organisationsstruktur und -kultur zu schaffen, so dass man sich bis heute eigentlich im Grabenkämpfen verliert.

Bei den Fähigkeiten sieht es so aus, dass wir seit 20 Jahren zwar gemeinsam in Einsätze gehen, aber wir auch seit 20 Jahren diese Einsätze immer individuell planen und quasi darauf angewiesen sind, ad hoc im Feld dort, wo keine Kontrolle teilweise stattfindet, dann diese Einsätze effektiv zu organisieren. Das klappt wunderbar, aber es könnte deutlich besser sein. Also wir gehen in gemeinsame Einsätze, wir bereiten sie aber nicht vor. Es gibt Feigenblätter innerhalb der Europäischen Union, wo man sagen kann, aber wir tun doch gemeinsam Dinge. Da wird das Europäische Lufttransportkommando hervorgeholt. Ja okay, das ist da, stimmt. Aber die Mitgliedsstaaten haben auch unterschrieben, dass sie z.B. eine gemeinsame Lufttransportflotte haben wollen bis 2017. Die ist immer noch nicht da, und ich zweifel daran, dass wir die haben werden.

Dann ist Pooling and Sharing auf die Agenda gerückt. Die Idee war eigentlich, mehr Effizienz und mehr militärische Effektivität zu haben, dadurch, dass man gemeinsame politische Entscheidungen trifft. Das Ergebnis in der Kürze ist eigentlich, die Staaten verfolgen weiterhin unter neuem Titel ihre alten Lieblingsprojekte, ohne dabei ein Blick auf das Ganze zu werfen, und kreieren sogar neue Duplizierungen in diesem Zusammenhang. Das heißt, die Duplizierung, die Ulrike eben auch angesprochen hat, liegen nicht zwischen EU und NATO, die liegen zwischen den 27 Mitgliedsstaaten, den 27 Verteidigungsministerien und 27 Beschaffungseinrichtungen und so weiter und so fort. Das ist die Duplizierung, die wirklich Geld kostet und nicht die vielleicht 2.000 Mitarbeiter des EAD in Brüssel.

Rüstung. Auch da haben wir politisch Ende/Mitte der 2000er Jahre vollmündige Bekenntnisse gehört zu einem gemeinsamen Rüstungsmarkt, zu einer gemeinsamen rüstungsindustriellen Basis. Dementsprechend sind Pläne und Strategien entwickelt worden. Wenn wir uns das genau heute angucken, hat es keine Europäisierung gegeben im Rüstungsbereich, sondern wir haben eine Globalisierung. Weil der politische Rahmen fehlt, bewegen sich vor allen die privaten Akteure, also die Industrien, raus aus Europa und sagen, wir gehen dahin, wo der Markt ist, und wenn die uns nicht erklären können, dass hier in Europa ein Markt in der Zukunft ist, dann können wir hier kein Geld mehr verdienen. Das ist aber unsere Aufgabe und deswegen verlassen wir diesen Markt. Dazu kommen noch ein paar andere Aspekte, die will ich jetzt eigentlich nicht weiter auszuführen.

Was sind die Folgen? Das Festhalten an nationaler Autonomie, also an nationaler Entscheidungsfähigkeit und nationaler Handlung, ist, dass sie alle mehr abhängiger werden. Wir alle in 27 Mitgliedsstaaten bekommen auf einmal genau das, was wir eigentlich versucht haben, über die letzten 20 Jahr zu verhindern, nämlich von den anderen abhängig zu werden. Wir wollten eigentlich alle autonom bleiben, hat aber nicht geklappt. Das heißt in jedem Falle auch umgekehrt, dass Europa weniger handlungsfähig ist. Im militärischen Bereich steigt die so genannte Kritikalität der militärischen Strukturen, da

geht es nicht um einzelne Panzer, sondern um das Gesamtsystem, das Sie brauchen, um militärisch intervenieren zu können. Politisch - und das ist, glaube ich, der entscheidendere Punkt dabei - heißt es aber auch, dass die Teilnahmemöglichkeiten vieler Staaten dieser Gemeinschaft, der 27, sinkt. Die Staaten können an militärischen Interventionen auf der einen Seite, aber auch an der Verteidigungspolitik und auch an der Sicherheitspolitik nicht mehr gestaltend teilnehmen. Das heißt, sie müssen sich quasi nationalisieren, weil man sagt, na ja, ihr nehmt nicht mehr teil, ihr könnt nicht mehr beitragen, dann könnt ihr auch nicht mehr am Tisch sitzen. Das ist die sich langsam, aber sicher bahnbrechende Logik.

Welche Folgerungen daraus? Ich glaube, die erste Folgerung ist, dass das deutsche Modell der GSVP, nämlich GSVP oder Europa als Integration nur zu begreifen, gescheitert ist. Wir haben eine abnehmende Akzeptanz dieses deutschen Modells und auch des deutschen Ansatzes, weil es im Widerspruch steht. Auf der einen Seite sagt Deutschland: Allgemein sind wir eigentlich immer für die GSVP und finden das total toll, fordern sogar eine europäische Armee. Aber wenn es konkret wird, findet Deutschland immer wieder genug Erklärungen, warum es keine Führungsrolle in diesem Zusammenhang übernehmen will. Warum es keine Mission startet oder als Führungssanktion in diesem Zusammenhang auftritt und warum es auch keine eigene Vorschläge für die Weiterführung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik macht. Deswegen, glaube ich, ist es sinnvoll, mit Blick auf die Zukunft der deutschen Rolle als erstes mal zu Hause zu klären, was wir denn eigentlich als Rolle spielen wollen und das international auch zu erklären. Unsere Partner müssen wissen, auf was sie sich bei uns verlassen können und auf was sie sich nicht verlassen können. Das heißt, europäische Sicherheitsstrategie? Nein. Deutsche Sicherheitsstrategie? Ja. Keine Flucht nach Europa und in Träume, wie Europa sein könnte in 20 Jahren, sondern erklären, was Deutschland bereit ist, unter welchen Bedingungen zu Europa, egal in welcher Formation, beizutragen. Und ich glaube, dass man sich dabei auf drei Punkte konzentrieren soll:

1. Die Risiken, mit denen Deutschland umzugehen hat, auf alle Fälle.
2. Die Fragen der Interdependenz und Solidarität, also was müssen wir machen und was sollten wir machen.
3. Und die Frage, die ganz zentrale Frage: Welche Rolle spielt dabei militärische Gewalt und wo sind die Grenzen von militärischer Gewalt? Was geht nicht militärisch? Was muss zivil gemacht werden?

Und ich glaube, dass sich das auswirkt auf die Frage, welche Modelle wir in Zukunft eigentlich diskutieren müssen, nämlich das, was einige aus Ihrem Kreise auch Anlehnungsmacht oder Anlehnungspartnerschaft genannt haben auf der einen Seite; was starke militärische Komponente hat oder aber, ob man ganz anders hinget und sagt: Deutschland ist in Zukunft nur noch zivile Gestaltungsmacht. Auch das kann ja ein anstrengenswerter Punkt sein, zu sagen: Wir machen nicht mehr Militär. Wir sind ab sofort der globale Partner für Wiederaufbau und Prävention, nicht nur im GSVP-Rahmen, sondern für alle Beteiligten. Wir sind der starke Ansprechpartner für Postkonfliktmanagement.

Den Beitrag, den man sich vorstellen kann, den ich mir vorstellen kann, den das deutsche Parlament in ihrem Zusammenhang leisten kann. Erstens glaube ich, dass es sehr erfreulich wäre, wenn das deutsche Parlament mit anderen nationalen Parlamenten für den europäischen Verteidigungsgipfel 2013 die Rolle parlamentarischer Kontrolle und

demokratischer Begründung von Sicherheitspolitik klar macht, mit einem eigenen Beitrag. Das ist zurzeit eine intergouvernementale Geschichte, aber ich glaube, die Parlamentarier und gerade dieses Parlament haben gute Gründe, sich daran zu beteiligen an dieser Debatte. Ich glaube, dass das Parlament die Möglichkeit hat, das Thema „Zukunft parlamentarischer Kontrolle und staatlicher Intervention“ aufzunehmen. Also nicht mehr status quo-Debatte, was ist Souveränität bis heute, sondern wie müssen wir eigentlich mit Verantwortung, mit Gestaltung und mit Handeln in Zukunft eigentlich schaffen, um weiterhin dem Souveränitätsanspruch des deutschen Parlamentes und der deutschen Bürger nachkommen zu können.

Dritter und letzter Punkt. Ein weiterer Beitrag des Bundestages zur europäischen Sicherheit, wären ganz konkrete Überprüfungen, der in Zukunft gemeinsam zu koordinieren, gemeinsam zu schaffenden Politiken. Ich bleibe jetzt wieder im militärischen Bereich. Das ist zum Beispiel die Frage, Rüstung und Beschaffung. Also nationale versus europäische Industriepolitik, Technologiepolitik und Haushaltspolitik. Denn das sind Dinge, wo ganz pragmatisch auch Deutschland nicht notwendigerweise immer eine Vorreiterrolle spielt, wenn es darum geht, gemeinsame Programme zu starten. Der letzte Punkt ist im Grunde genommen die gemeinsame Koordinierung von Verteidigungs- und Operationsplanung im europäischen Kontext und damit bin ich am Ende. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank ,Herr Dr. Mölling. Wir kommen jetzt last but not least zu den Ausführungen von Herrn Jürgen Wagner, Geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle „Militarisierung“.

**Jürgen Wagner (Geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI):** Ja, ebenfalls von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung. Ich kann mich direkt an meinen Vorredner anschließen, nämlich, dass man hier zur Frage der GSVP etwas militärlastig wird, ist absolut kein Zufall. Derzeit wird über die Frage insgesamt der Fortentwicklung der GSVP eigentlich ausschließlich mit einer Fixierung auf eine Frage eines Ausbaus von militärischen Fähigkeiten, eines Aufwuchses von militärischen Fähigkeiten, diskutiert. Ich möchte hier ein bisschen eine andere Perspektive reinbringen, nämlich die Motive, die sich hinter solchen Aufrüstungsforderungen eigentlich verbergen, und die zugrunde liegenden Annahmen ein bisschen zu hinterfragen.

Aus meiner Sicht eine erste wichtige Annahme, warum man anscheinend einen Aufwuchs militärischer Fähigkeiten brauche, wird begründet mit Machtverschiebung im internationalen System. Das erfordert ein radikales Umdenken der Europäischen Union. Man müsste sich, salopp gesagt, aus dem friedenspolitischen Wolkenkuckucksheim verabschieden, endlich auch akzeptieren, dass es in der Welt um harte Machtpolitik geht, und dafür seien nun mal militärische Fähigkeiten erforderlich.

Ich will hier kurz, stellvertretend für viele, die das fordern, Tony Blair zitieren: „Die Existenzberechtigung Europas basiert heute auf Macht, nicht auf Frieden. In einer Welt, in der vor allen Dingen China dabei ist, zur dominierten Macht des 21. Jahrhunderts zu werden, ist es für Europa vernünftig, sich zusammenzuschließen, um sein kollektives Gewicht zu nutzen, um globalen Einfluss zu erlangen.“ Und globaler Einfluss/Macht wird hier natürlich prämiert definiert, als Aufwuchs militärischer Macht. Ich halte das für eine problematische Grundlage, wie das Rezept für Rüstungsspiralen. Ich halte es auch für eine Schwierigkeit, weil damit Konflikte im internationalen System auch zu einer Art von



„Server Feeling Prophecy“ werden. Dorthin existiert diese Tendenz, zur Forderung nach vermehrten Rüstungskapazitäten und das vor dem Hintergrund, dass aus meiner Sicht eigentlich in diesem Bereich schon sehr, sehr viel passiert ist. Es wird ja so getan, als sei man eigentlich in der Europäischen Union nicht besonders weit gekommen mit dem Aufwuchs militärischer Kapazitäten. Das ist nicht meine Auffassung.

Es existiert eine Schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union im Umfang von 60.000 Soldaten, was mit Logistik etc. ja mindestens das Dreifache bedeutet. Es wurden in relativ kurzer Zeit alle militärischen Stäbe aufgebaut. Es existieren Battle Groups für schnelle Interventionen usw. usf. Und es ist ebenfalls so, dass wir inzwischen bereits knapp 30 Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hatten. Also hier eigentlich immer davon zu reden, man hätte einen Papiertitel nur aufgebaut, erscheint mir doch ein bisschen zu kurz gegriffen, angesichts eigentlich einer recht weitgreifenden Veränderung einer Europäischen Union, die bis vor wenigen Jahren eigentlich noch offiziell selbst erklärt, als Friedensorganisation oder zumindest als nichtmilitärische Organisation sich begriff.

Zu den Einsätzen möchte ich auf jeden Fall eines noch dazu sagen: Ich finde es hochproblematisch, dass in der europäischen Sicherheitsstrategie eigentlich wenig über die Hierarchisierung, Priorität und über die Mittel der Einsätze der Europäischen Union gesagt wird. Wir spannen hier ein riesen Bedrohungsbündel auf von Proliferation, Energieversorgung, Failed States und was weiß ich noch was alles. Ich glaube, wir haben 12 oder 14 Bedrohungsbündel. Es wird aber überhaupt nicht klar gesagt, was sind die Folgen daraus, unter welchen Umständen müsste man zivil oder müsste man militärisch intervenieren, was sind die Hierarchien, was sind die Mittel. Und auf dieser Grundlage werden wir doch überhaupt mal fähig, Entscheidungen zu treffen, was man denn für Kapazitäten braucht. Diese Klärung von fundamentalen Fragen, die in der ESS nicht getan sind, steht für mich am Anfang, bevor man überhaupt darüber nachdenkt, vorhandene militärische Kapazitäten noch weiter auszubauen.

Stattdessen - und das ist eine zweite Fehlannahme aus meiner Sicht - wird in der derzeitigen Debatte, gerade auch mit Blick auf den Ratsgipfel Dezember 2013, vor allem aus dem Pivot der USA, also der Schwerpunktverlagerung in den Pazifik, eigentlich derzeit in der europäischen Strategiedebatte abgeleitet. Dies müsste notgedrungen eigentlich dazu führen, dass die Europäische Union häufiger militärisch als Ordnungsmacht die Funktion im Nachbarschaftsraum und darüber hinaus sogar übernimmt, sozusagen den Stab der USA in diesem Bereich aufnimmt. Auch das halte ich für eine Frage, die müsste debattiert werden, die kann man nicht einfach so entscheiden. Ich glaube, auch eine kritische Evaluation der bisherigen Einsätze der Europäischen Union sollte doch deutlich nahelegen, dass militärische Mittel hier gleich zu zivilen, die gänzlich falsche Herangehensweise ist. Dennoch wird - und das wurde auch hier bislang klar gefordert, man braucht mehr Militär - weiter dann argumentiert, das sei um so problematischer, weil die europäischen Rüstungsausgaben in einem Sinkflug begriffen seien. Das ist der Topic, der überall in Debatten herrscht. Ich kann diesen Sinkflug offen gestanden nicht erkennen. Nach den Zahlen von SIPRI hatten wir 2001 275 Mrd. Dollar EU-Rüstungsausgaben, 2005 280 Mrd. Dollar und 2011 281 Mrd. Dollar. Ich kann diesen Kahlschlag bei den Rüstungsausgaben laut SIPRI-Angaben nicht sehen. Dennoch dominiert es die Debatte und es dominiert sozusagen die ganze Debatte um Effizienzsteigerung, um neue Wege und Mittel, angesichts angeblich drastisch sinkender Haushalte.

Da möchte ich im Zusammenhang nur ganz kurz eine Bemerkung zu Pooling and Sharing machen. Also der Bündelung und gemeinsamen Nutzung von Militärgerät, das ja tatsächlich auf einen starken Impuls der Deutsch-Schwedischen Genf-Initiative hervorging. Ziel des Pooling and Sharing - und ich glaube, da ist man sich einig - sind nicht Einsparungen im Militärbereich, sondern More bang for the buck, also Effizienzsteigerung. Allerdings möchte ich auch klar sagen, diese Effizienzsteigerung, sollte sie überhaupt kommen, kommt nicht ohne Preis. Aus meiner Sicht ist der Preis eindeutig zu hoch, nämlich es werden Sachzwänge geschaffen, es werden Abhängigkeiten geschaffen, die zumindest mittelfristig aus meiner Sicht ganz elementar die Achsen im deutschen Parlamentsvorbehalt legen werden. Wir hatten schon die Frage bei Libyen zum Beispiel, European Air Transport Command. Da wurde ein Teil der europäischen Flüge über Deutschland abgewickelt, ohne das der Bundestag darüber entschieden hätte. Jetzt geht man da neu in die Debatte rein. Ich glaube aber, langfristig - und Aussagen zum Beispiel von Angela Merkel oder auch von Thomas de Maizière gehen in die Richtung - aufgrund von Verlässlichkeitserwägungen etc. wird derzeit debattiert, dass der Bundestag dann eben nur noch Rückholrechte bekommt, weil die gebündelten Fähigkeiten [.....] müssten sich die Partner darauf verlassen können und das ist meines Erachtens eine Axt an die demokratische Kontrolle in der Frage von Krieg und Frieden, die ich für überaus besorgniserregend halte.

Dann noch ein letzter Aspekt. Nämlich die Frage der Rüstungsexporte. Es ist schon sehr bezeichnend: Hier redet eigentlich überhaupt niemand über die Frage von Abrüstung oder Rüstungskontrolle oder sonst was, was ich als eine Aufgabe der GSVP mit sehe. Die europäischen Staaten sind zusammengenommen Rüstungsexportweltmeister. Und trotzdem wird derzeit darüber diskutiert, EU-Rüstungsexporte nochmal massiv auszuweiten, auch in Deutschland vor allem. Das Argument ist einerseits, man braucht eine Stärkung der rüstungsindustriellen Basis und zweitens müsse man auch Rüstungsexporte als strategische Mittel – Stichwort: Merkel-Doktrin – einsetzen können. Viele - um mal Deutsche als Beispiel zu nehmen -, viele der deutschen Rüstungsexporte - 2011 30 Prozent - verstoßen gegen die acht Kriterien des europäischen Verhaltenskodexes. Diese Kriterien besagen, wo eigentlich Rüstungsexporte zu versagen seien. Ich glaube, dass diese Kriterien eingehalten werden, um Mittel und Möglichkeiten zu finden, wie der europäische Kodex, der eigentlich rechtlich bindend ist, auch von den Nationalstaaten akzeptiert wird. Das wäre eine Aufgabe, wo ich denke, dass die Fortentwicklung der GSVP als ein konfliktverhindernder und nicht konfliktfördernder Politikbereich sehr entscheidend wäre. Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Wagner, auch dafür, dass Sie die Zeit sogar knapp unterschritten haben, und für Ihre Ausführungen. Wir kommen jetzt zu den Wortmeldungen aus den Fraktionen. Wir machen es so, dass wir, wie auch sonst im Ausschuss, alle Fraktionen zu Wort kommen lassen. Dann hätten Sie wieder die Gelegenheit zu antworten. Ich darf Sie also bitten, sich die Fragen zu notieren, weil wir nicht einfach immer nur eine Frage, eine Antwort machen wollen. Ehe wir damit anfangen, darf ich auch noch ganz herzlich unseren Wehrbeauftragten begrüßen, Herr Königshaus. Herzlichen Dank für Ihr Interesse und dass Sie an dieser Anhörung als Gast mit teilnehmen. Als erstes hat das Wort Herr Mißfelder, Herr Mißfelder ist für diejenigen, die hier als Gäste dabei sind, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion.

**Abg. Philipp Mißfelder (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zwei Fragen an Frau Guérot und eine Frage an Herrn Annen. Die Frage an Frau Guérot geht um den Parlamentsvorbehalt. Also Sie haben sich ja zum Parlamentsvorbehalt, auch im

Vorfeld, ja schon schriftlich geäußert. Mir sind bislang keine Probleme mit dem Parlamentsvorbehalt bekannt. Natürlich kenne ich die aus Gesprächen, die Bedenken, die manche Verbündete äußern, aber ein konkretes Beispiel ist mir nicht bekannt. Vielleicht können Sie das noch konkretisieren, wo der Parlamentsvorbehalt wirklich der Außenpolitik oder der Bündnistreue entgegensteht. Und das Zweite, was die Europäische Verteidigungsagentur angeht, ist natürlich schon die Frage, auch gerade was Einsätze in Libyen und Mali jetzt angeht. Vielleicht können Sie auch an diesen Beispielen etwas dazu sagen, inwiefern die militärischen Komponenten zueinander passen und wie sie vielleicht auch durch die europäische Verteidigungsagentur effektiv aufeinander abgestimmt werden können. Und diese Fragen würde ich auch an Herrn Annen gerne richten.

**Der Vorsitzende:** Als Nächster hat das Wort Herr Pflug. Herr Pflug ist Mitglied der SPD-Fraktion.

**Abg. Johannes Pflug (SPD):** Ich habe auch eine Frage an Frau Arnould und eine Frage an Frau Schmidt.

Entschuldigung! Sie haben, Frau Arnould, wie auch die vier ersten Rednern insgesamt, deutlich gemacht das Spannungsverhältnis zwischen Gemeinschaftspolitik einerseits und nationaler Politik, respektive intergouvernementaler Politik, andererseits. Ich glaube, es ist sehr schwierig in diesen Spannungsverhältnis natürlich hier von nationaler Politik stärker zu transformieren auf gemeinsame Außen-, - Sicherheit- und Verteidigungspolitik, wobei ich glaube, dass die Restriktionen bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik größer sind als bei der Außenpolitik. Interessanterweise ist aber so, dass wahrscheinlich es einfacher ist, eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu formulieren, weil es eben da auch entsprechende Vorbilder gibt, wie jetzt den NATO-Vertrag oder auch andere Verträge, die zu Fallinterventionismus führen könnten. Trotzdem frage ich: Sehen Sie Potentiale in diesem Spannungsfeld zwischen intergouvernementaler Politik und Gemeinschaftspolitik, die wesentlich besser ausnutzbar wären, als das heute der Fall ist? Und an das Büro von Frau Schmidt die Frage: Sie haben den Parlamentsvorbehalt in Frage gestellt. Meine konkrete Frage ist, gibt es auf Ebene der Europäischen Union irgendwelche ad hoc-Gruppen oder Analysegruppen, die sich mit dem weitestgehenden Versagen europäischer Außenpolitik in der Frage des Arabischen Frühlings beschäftigt haben, die das analysiert haben, was an Versäumnissen von Seiten der Europäer dort vorgekommen ist und die zu irgendwelchen konkreten Empfehlungen führen könnten, wie sich Europa in Zukunft verhalten sollte?

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Als Nächster hat das Wort Herr Dr. Stinner. Herr Stinner ist der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion.

**Abg. Dr. Rainer Stinner (FDP):** Vielen Dank, auch vielen Dank an die Referenten für die Informationen hier. Die erste Frage gilt an alle Referenten. Wir haben ja hier das Thema der GSVP und es gibt unterschiedliche Interpretationen des Inhaltes der GSVP. Herr Wagner hat zum Beispiel gesagt, das wird überwiegend militärisch interpretiert. Und meine Frage an alle Referenten ist: Sehen Sie denn in der Europäischen Union unterschiedliche Interpretationen dieses Begriffes und unterschiedliche Schwerpunkte?

Ich will mal die Parallele zur NATO bringen. Bei der NATO haben wir seit Jahren die Diskussion, dass unsere amerikanischen Freunde häufig sagen, also Amerikaner, Briten, it is a military alliance, das ist eine Militärallianz. Und ich sage immer nein, liebe Freunde,

es ist eine Sicherheitsallianz. Das ist ein großer Unterschied, ob wir von einem Militärbündnis oder einem Sicherheitsbündnis sprechen. Ich glaube, dass dieses Verständnis auch ganz wesentlich ist, deshalb meine Frage an die Experten. Sehen Sie da unterschiedliche europäische Positionierungen der Interpretationen dessen, was GSVP eigentlich angeht?

Zweiter Punkt ist: Sehen Sie denn realistische Chancen, vielleicht noch mal zusammengefasst, dass wir den intellektuellen strategischen Unterbau gemeinsam schaffen für eine solche europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Und wie sehen Sie dort eine Entwicklungsfahrt? Sind wir da eher auf einem absteigenden, auf einem neutralen oder auf einem aufsteigendem Ast? Und eine letzte Frage noch an Herrn Wagner. Herr Wagner, ich wollte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die meisten europäischen Länder, inklusive Deutschland, in den letzten Jahren den Umfang ihres Militärs erheblich reduziert haben?

**Der Vorsitzende:** Frau Dagdelen als Nächste. Frau Dagdelen ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

**Abg. Sevim Dagdelen (DIE LINKE.):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich muss sagen, dass ich ganz schön verwundert bin und eigentlich auch ja empört bin über die Aufforderung, wir sollen darüber nachdenken, dass wir ein antiquiertes Verständnis von Souveränität haben. Also ich möchte unsere Souveränität und auch den Parlamentsvorbehalt nicht wie einen kranken Hund weggeben. Und insoweit würde ich auch nochmal gerne fragen: Welcher Einsatz wurde eigentlich durch den Parlamentsvorbehalt, der hier zu Disposition gestellt wird, welcher Fall ist Ihnen bekannt, der halt den Einsatz verzögert haben sollte, mittels des Parlamentsvorbehaltes und des Parlamentsbeteiligungsgesetzes des Deutschen Bundestages.

Mir ist jedenfalls kein Fall im Deutschen Bundestag insoweit bekannt. Deshalb auch meine Frage, auch in Richtung Herr Wagner, aber auch SWP, zum Beispiel, welches Verständnis von Souveränität auch mit Blick eben auch auf dieses Parlamentsbeteiligungsgesetz denn sinnvoll wäre. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz könnte man ja auch als Exportschlager verstehen, als etwas, was andere vielleicht als Vorbild nehmen sollten oder umgekehrt eben als überflüssig zu betrachten und wie einen kranken Hund wegzugeben, was ich eigentlich sehr bedauern würde, und wo ich mich auch immer dagegen einsetzen werde. Das wäre meine erste Frage.

Das Zweite ist: Inwieweit sehen Sie, Herr Wagner, vor allen Dingen die Umgehung demokratischer Prinzipien bei dem Thema GSVP. Manche sagen, Expertinnen und Experten – es ist ja nicht die erste Anhörung, wir hatten ja die Anhörung zum EAD hier im Auswärtigen Ausschuss -, dass die Mitbestimmung des Parlamentes oder die parlamentarische Kontrolle zum Beispiel bei den gemeinsam durchgeführten Einsätzen von Anfang an ausgeschlossen ist in der GSVP, dass es halt Vertragswerk ist. Insoweit würde ich das gerne wissen, wie Sie das sehen, Herr Wagner und der Vertreter von der SWP, und ob es da vielleicht Handlungsbedarf gibt.

Meine dritte Frage wäre bei den Einsätzen, besonders bei den Ausbildungsmissionen, Polizeimissionen, Beratungsmissionen, jetzt auch Mali, im Irak, in Kosovo, in der Westbank, in der Demokratischen Republik Kongo, in Guinea-Bissau, in Uganda, im Sudan, im Niger, in Somalia oder auch eben in Kenia. Diese ganzen Einsätze erfahren weder durch das Europäische Parlament noch über die nationalen Parlamente eigentlich eine

parlamentarische Kontrolle. Inwieweit könnte man eben diese parlamentarischen Kontrollen einführen? Und da gibt es ja ein Beispiel, nämlich die Interparlamentarische Konferenz zur Kontrolle der GASP und GSVP, die hat ja zum ersten mal im vergangenen Jahr im September getagt, auf Zypern. Jetzt bald im nächsten Monat werden wir in Dublin sein als Vertreter. Ich meine, ich fand das ganz schön mit meinen Kollegen Kiese-wetter und Herrn Pflug. Ja, ja, war durchaus eine angenehme Zeit. Aber das Problem ist, da würden meine Kollegen ja auch zustimmen, da war ja unisono einstimmig die Kritik, auch der deutschen Delegation, dass es eigentlich ein Witz war, dass das völlig abwegig ist, da von irgendeiner Kontrolle zu sprechen. Also da findet keine Kontrolle statt, da findet auch keine richtige Transparenz statt, in den Einsätzen, in den Missionen, in der ganzen Arbeit der GSVP. Ich habe es gesagt als außer Spesen nix gewesen in Zypern, und das wird wahrscheinlich auch in Dublin der Fall sein. Insoweit also auch nochmal die Frage an Herrn Wagner. Inwieweit glauben Sie überhaupt, dass eine demokratische Kontrolle der GASP und GSVP natürlich auch eben existiert und auch überhaupt existieren kann?

**Der Vorsitzende:** Als nächstes hat das Wort Herr Dr. Schmidt. Herr Dr. Schmidt ist der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abg. Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte zum einen an Herrn Mölling anknüpfen. Herr Mölling, Sie haben gesagt, der Europäische Auswärtige Dienst ist faktisch gescheitert. Ich finde das etwas verfrüht, aber möchte da eine Frage anschließen. Ich finde, Sie haben sehr zu Recht gesagt, bevor man über die Institutionen und ihre Möglichkeiten spricht, muss man über die politischen Aufgaben sprechen. Ich finde, dass es ja eine Aufgabe sein muss, und das könnte der Europäische Auswärtige Dienst eigentlich, ein Konzept für eine europäische Außenpolitik zu entwickeln, in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingebettet sein muss. Ich glaube, das ist doch die entscheidende Fragestellung, dass wir eine selbständige Debatte über Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben und nicht die Diskussion darüber, wie sie in ein Gesamtkonzept europäischer Außenpolitik eingebettet werden muss.

Und die Frage ist ja, warum erreicht man nicht, dass der Europäische Auswärtige Dienst hier eine bestimmte Funktion einnehmen kann, nämlich die Fähigkeiten für strategische Planung und die Vorbereitung solcher politischen Prozesse in Brüssel im Sinne der Gemeinschaft voranzutreiben. Da möchte ich eine Frage anschließen. Hat das was damit zu tun, dass unausgesprochen es sozusagen eine Prämisse gibt, dass der Europäische Auswärtige Dienst nämlich nur komplementär zu den nationalen auswärtigen Diensten arbeiten soll? Also nach meiner Kenntnis sind nur die Briten diejenigen, die das explizit formulieren, aber mein Eindruck ist, dass das alle anderen auch glauben.

Und an Frau Guérot in dem Zusammenhang die Frage: Sie haben angedeutet, dass das Potenzial des Lissabon-Vertrages in diesen Zusammenhängen überhaupt nicht ausgeschöpft sei. Meine Frage wäre, welches Potential bietet es denn? Also was bräuchten wir, um dem Europäischen Auswärtigen Dienst sozusagen eine solche strategische Funktion zuzuweisen? Was bräuchten wir? Bräuchten wir eine Vertragsrevision oder kann man das innerhalb des Lissabon-Vertrages machen und scheitert es nur an den mangelnden politischen Willen der Mitgliedstaaten? Ich finde, dass man diese Probleme offen und zugespitzt aussprechen muss, damit man klar hat, scheitert der Europäische Auswärtige Dienst. Ich würde Ihnen Recht geben, Herr Mölling. Wir befinden uns an einem Punkt, wenn man da nicht bestimmte Entscheidungen trifft, dann wird das in einem faktischen

Scheitern durch Bedeutungslosigkeit führen. Aber die Frage ist ja, ob wir nicht im Augenblick noch die Weichen stellen können.

Und eine zweite Frage in dem Zusammenhang zum militärischen Bereich. Also ich stimme Herrn Mißfelder und Frau Dagdelen zu, dass bisher - glaube ich auch nicht - der Parlamentsvorbehalt bei militärischen Einsätzen ein besonderes Problem war. Aber das ist ja nur die eine Seite der Problembeschreibungen. Die andere Seite ist ja, wenn wir auf die Zukunft schauen, was es für Vorschläge gibt, wie man zu mehr Handlungsfähigkeit kommen kann. Dann haben wir ja die Vorschläge über „Pooling und Sharing“, dass vielleicht bestimmte Sachzwänge schon in eine bestimmte Richtung produziert hinaus gehen wollen. Also es gibt Vorschläge, die sagen, was ist denn mit dem gemeinsamen Bataillon Deutsch-Französisch oder Deutsch-Polnisch und ... und ... und? Oder was ist mit den Battle Groups? Kann man daraus nicht etwas entwickeln, was sozusagen eine supranationale Einheit ist, die Funktionen in Europa übernehmen könnte? Und da bekommen wir in der Tat nochmal diese Debatte für ein Problem, das mit den unterschiedlichen Verfassungsstellungen der Armee in Europa zu tun hat. Wenn ich mal idealtypisch sagen soll, wir haben den Typus der Exekutiv- oder der Präsidialarmee, beispielsweise in Frankreich, und wir haben idealtypisch den Typus der Parlamentsarmee, beispielsweise in Deutschland. Beides passt, wenn man in die Zukunft projiziert, über solche Einheiten nachdenkt, nicht ganz zusammen. Sondern die Frage ist: Übernimmt man das eine oder das andere Modell oder schafft man einen Hybrid? Wobei die Frage der Parlamentskontrolle dann ja auf beispielsweise europäischer Ebene gelöst werden könnte, indem man Funktionen der Parlamentskontrolle von den nationalen Parlamenten auf das Europäische Parlament überträgt.

Das ist ein sinnvoller Souveränitätsverzicht, Frau Dagdelen, der vorwärts gewandt sein könnte, wenn man sagt, nationale Parlamente fordern wir in anderen Bereichen wie Umwelt, Politik oder Ähnlichem ja auch. Wir übertragen durchaus Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene, aber nur dann, wenn die demokratische Kontrolle dort gesichert ist, d.h. also, eine Aufwertung des Europäischen Parlamentes erfolgt. Aber auch da meine Frage: Wie sind da die Problembeschreibungen, die Sie geben würden? Was müsste erreicht werden im Rahmen des Lissabon-Vertrages oder durch eine Vertragserweiterung oder Revision, um hier einen Schritt voranzukommen?

**Der Vorsitzende:** So, nach dieser Runde geben wir einmal zur Beantwortung an die Sachverständigen. Jetzt läuft die Uhr immer nur im Fünf-Minuten-Takt. Herr Annen, Sie haben als erster das Wort.

**Niels Annen:** Ja, vielen Dank für die Fragen. Meine erste Bemerkung, die erste Frage zum Parlamentsvorbehalt, was ja wiederholt geäußert worden ist. Ich kenne kein Beispiel, wo der deutsche Parlamentsvorbehalt eine Mission der GSVP verhindert hätte. Ich will auch offen sagen, ich kenne Vorschläge, die ja auch aus diesem Kreise hier von dem Abgeordneten Kiesewetter und anderen vorgelegt worden sind, die ich für sehr diskussionswürdig halte. Aber ich glaube, dass, wenn man sich die deutsche rechtliche Grundlage anguckt, in Verbindung auch mit der politischen Kultur in unserem Land, die Bundesregierung, wer immer sie stellt, eigentlich in einer deutlich stärkeren Position ist, eine auch militärische Beteiligung in einer GSVP-Mission durchzusetzen, wenn sie das dann will. Das heißt, ich rate davon ab und halte es auch materiell nicht für gerechtfertigt, zu sagen, dass der deutsche Parlamentsvorbehalt ein Hindernis für eine stärkere Integration darstellt. Es ist letztlich auch dort eine Frage, ob eine Regierung bereit ist, notfalls auch mit der sie tragenden parlamentarische Mehrheit etwas durchzusetzen.

Eine andere Frage ist, ob es aus politischen Gründen gewünscht ist, dafür eine große Mehrheit zu organisieren, was ich immer bejahen würde, aber materiell sehe ich kein Hindernis in der geltenden Rechtslage. Das ist aus meiner Sicht sehr, sehr wichtig. Ich glaube auch, da eine Reihe, auch der Sachverständigen hier, von der Frage der politischen Legitimität gesprochen haben. Wir haben in Europa, nicht nur was die GSVP angeht, eine Vertrauenskrise und wir werden diese Vertrauenskrise, insbesondere in einem so sensiblen Bereich, nicht überwinden, wenn wir den Eindruck erwecken, durch Vorschläge die Rechte von gewählten Abgeordneten zu relativieren. Ich glaube deswegen, es muss umgekehrt der Ansatz sein zu sagen, wir brauchen eine stärkere Verknüpfung, auch der Erfahrung. Der Austausch zwischen der europäischen und nationalen Ebene ist notwendig, die Implementierung dessen, glaube ich, was dort vorgeschlagen worden ist, ist sehr, sehr wichtig. Aber der Parlamentsvorbehalt, so wie wir ihn im Moment haben, ist aus meiner Sicht kein Hindernis.

Ich möchte etwas sagen zu der Frage von Herrn Stinner, was die unterschiedliche Interpretation der GSVP angeht. Natürlich diskutiert man über Militär, weil das immer eine Kontroverse ist, und militärische Fragen haben auch die Eigenschaft, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Aber wir haben eine lange Zeit, man kann schon sagen, jahrelanger Diskussionen in allen europäischen Staaten über Comprehensive Approach, die Entwicklung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs, wie er sich übrigens ja auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie niederschlägt, hinter uns. Und ich denke, es ist richtig so, dass es unterschiedliche Kulturen gibt, unterschiedliche rechtliche Grundlagen, auch für militärische Einsätze.

Der Unterschied zwischen Exekutiv- und Parlamentsarmee ist angesprochen worden - würde ich doch behaupten, dass die Vorstellung davon, dass die Stärke der europäischen Politik in der Kombination von unterschiedlichen Instrumenten liegt, doch in allen nationalen Diskussionen, die mir bekannt sind, anzutreffen ist, in unterschiedlicher Ausprägung, aber doch sehr stark inzwischen sich durchgesetzt hat, dass eben das Militär nur ein Instrument sein kann. Und insofern ist ja auch, und da sage ich auch nochmal mit Bezug auf die Europäische Sicherheitsstrategie, der Hinweis darauf zu sagen, dass Europa in batted, in gewisser Weise in Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen seine Ziele durchsetzen möchte, etwas ist, was uns vorangebracht hat. Und ich glaube gerade, dass Deutschland mit den auch institutionellen Erfahrungen jetzt über das ZIF mit jahrelanger Erfahrungen in Bereich von Krisenprävention, Konfliktprävention etc. einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, dass das nicht überall gleich ausgeprägt ist. Es ist schon so, aber ich bin da an der Stelle nicht ganz so pessimistisch.

Ich glaube auch, um auf diesen Teil der Frage einzugehen, wir haben eine große Chance - ich glaube, Sie haben den Begriff Unterbau gewählt - für die intellektuelle Diskussion, die ja eingefordert wird, auch eine berechtigte Klage über die mangelnde Strategiefähigkeit auch der deutschen Politik und vielleicht auch dem mangelnden Umfeld der Debatte. Ich glaube schon, dass wir eine große Chance haben. Ich habe den Eindruck, dass die Konflikte, die ja in gewisser Weise näher gerückt sind, Nordafrika, die Nachbarschaftspolitik insgesamt ein Anlass dafür sein kann, diese Diskussionen zu führen und auch dafür zu sorgen, dass wir vielleicht auch institutionell die Nachbarschaftspolitik stärker in dem Bereich der GSVP ansiedeln. Denn es ist nicht mehr unmittelbar eine Frage von europäischer Erweiterung, sondern wir haben inzwischen eher, glaube ich, auch eine Kompetenzverschiebung, die sinnvoll wäre, wenn man sagt, das ist ein Kernbereich unserer Außenpolitik, die müssen wir auch, was die

Zuständigkeiten zwischen EAD und Kommission angeht, stärker bündeln. Und das erweitert auch die Chancen dafür, in der Öffentlichkeit Unterstützung zu finden.

**Claude-France Arnoud<sup>2</sup>:** Ich glaube, es gibt nur eine Frage, die mir direkt gestellt wurde, und zwar die Frage nach der Schwierigkeit, eine gemeinsame Sicherheitspolitik zu formulieren. Hängt das mit dem Spannungsverhältnis zwischen der Politik der einzelnen Regierungen und der Politik, die in Brüssel gemacht wird, zusammen? Hängt dies vielleicht auch mit der Existenz der NATO zusammen? Ich glaube, es hängt mit all dem zusammen, aber auch mit anderen Fragen. Ich denke, dass die Voraussetzung für eine gemeinsame Sicherheitspolitik – wie dies bereits von den Kollegen hier am Tisch geäußert wurde –, eine klar definierte Sicherheitspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten ist. Und dies ist, so denke ich, ein ganz wichtiger Punkt. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Die Franzosen sind dabei, ihr Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszuarbeiten. Sie haben drei „Ausländer“ – wenn ich mir diesen Ausdruck erlauben darf – eingeladen, einen Deutschen, einen Briten und mich als Chief Executive der Europäischen Verteidigungsagentur. Ich glaube, dass dies selbst in einem Land – wenn ich mir erlauben darf, das von meinen Landsleuten zu sagen –, in dem ein breiter politischer Konsens über die Grundlagen der Verteidigungspolitik herrscht und in dem die Exekutive eine große Handlungsfreiheit besitzt, wie dies eben bereits gesagt wurde, eine sehr schwierige Aufgabe ist. Weil auch entschieden werden muss, was öffentlich gesagt werden soll, und es muss zu einem Zeitpunkt entschieden werden, in dem Prioritäten gesetzt werden müssen. Aufgrund von Haushaltszwängen müssen Prioritäten gesetzt werden. Und es ist nicht schwierig zu sagen, was Priorität hat, es ist vielmehr schwierig zu sagen, was keine Priorität hat. Und ich glaube, auf europäischer Ebene ist es außerordentlich schwierig, 27 Ländern – und morgen schon 28 – zu sagen, was keine Priorität hat. Und ich glaube, wir sind noch sehr, sehr weit davon entfernt – wenn ich mir hier nochmals erlauben darf, als französische Staatsangehörige zu sprechen – mit 27 oder 28 das zu leisten, was im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit geleistet wurde. Die historische Annäherung, die kulturelle Annäherung. Wir haben neue Mitgliedstaaten, mit denen wir diese schwierige Aufgabe der historischen Annäherung und des besseren gegenseitigen Kennenlernens noch gar nicht angegangen sind, die nicht einfach zu bewältigen war, die sich über Jahrzehnte hinzog und die auf einem starken politischen Willen und auf bekannten Strukturen beruhte. Diese Aufgabe sind wir mit unseren neuen Mitgliedstaaten überhaupt noch nicht angegangen. Es geht also nicht nur um Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die alten Mitgliedstaaten. Es geht darum, eine gemeinsame Kultur zu haben und diese den neuen Mitgliedstaaten vermitteln zu können, die natürlich eine ganz andere Gefahrenwahrnehmung haben. Und daher denke ich, dass dies eine sehr schwierige Aufgabe ist. Natürlich stellt sich die Frage nach der NATO, es stellt sich die Frage der Identifikation beispielsweise, wie dies gesagt wurde, in Deutschland mit einem Weißbuch oder einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mein Gefühl als Brüssel-Kennerin sagt mir, dass, wenn dies als Alibi dienen soll, bevor etwas unternommen wird, wir dann für ein paar Monate oder ein paar Jahre in eine Situation der Machtlosigkeit bzw. der Handlungsunfähigkeit geraten werden. Ob dies nun ein Ziel ist, ja. Ob dies eine Voraussetzung oder eine Vorbedingung ist, ich glaube, das wäre sehr gefährlich für unsere Handlungsfähigkeit.

Das geht auch ein wenig in Richtung der Frage: Gibt es verschiedene Interpretationsmöglichkeiten im Hinblick darauf, was unter Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verstehen ist? Ich glaube, es kann nicht so viele geben, weil

---

<sup>2</sup> Übersetzung wurde angefertigt von WI 1.



das im Vertrag ziemlich eindeutig festgelegt ist. Aber hinterher vergisst jeder, was er gerne vergessen will. Die einen vergessen, dass es sehr weitreichende Bestimmungen gibt, was beispielsweise die militärische Handlungsfähigkeit betrifft. Man sagt immer, dass die Ziele tief gesteckt sind. Sogar Petersberg, sogar die Petersberger Aufgaben sind sehr anspruchsvoll. Es tut mir leid, mein Herr, aber die Europäische Verteidigungsagentur hat die Aufgabe, Statistiken aufzustellen. Unsere Statistiken zeigen eine allgemeine Kürzung der europäischen Verteidigungshaushalte. Zwischen 2006 200 Mrd. Euro und 2010 195 Mrd. Euro. Es gibt also eine strukturelle Verringerung unserer Fähigkeiten. Wird uns dies etwa in die Lage versetzen, gemeinsam die Ziele zu erreichen, die für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ursprünglich gesteckt wurden? Das Headline Goal, 60.000 Mann, und die – ich wiederhole es noch einmal – hochgesteckten Petersberger Ziele. Man nennt sie jetzt nicht mehr Petersberger Aufgaben, aber gefühlsmäßig nennen wir sie immer noch so. Man sollte auch wissen, dass seit ihrer Festlegung das Präzisionsniveau, das Niveau – ich sage es noch einmal – der militärischen Fähigkeit, keine Kollateralschäden zu verursachen, keine Opfer unter unseren Truppen und unter der Zivilbevölkerung an unseren Einsatzorten beklagen zu müssen, die technischen und militärischen Anforderungen noch hat ansteigen lassen. Das schließt auch die Entwicklung des weltweiten institutionellen und rechtlichen Rahmens mit ein. Somit ist das Niveau, die Notwendigkeit, das zu erfüllen, was wir tun müssen, auch aufgrund des ethischen Anspruchs sowie aufgrund institutioneller Anforderungen noch gestiegen.

Zum letzten Punkt. Sie haben mir folgende Frage nicht gestellt – wenn Sie mir an dieser Stelle erlauben, etwas zur Diskussion beizutragen -: Was sind die Auswirkungen des so genannten Parlamentsvorbehalts? Ich kann, von Brüssel aus gesehen, nur sagen, dass ich mich nicht erinnern kann – zu der Zeit, als ich im Krisenmanagement tätig war -, dass man nur wegen des Parlamentsvorbehalts des Bundestages etwas nicht tun konnte. Es gibt allerdings ein Element der Antizipation und der Unsicherheit. Also ein demokratisch völlig legitimes Element der Antizipation - zu dem ich mich nicht äußern kann – derer, die Deutschland in Brüssel vertreten. Und somit weiß man in Bezug auf viele Einsätze, inwieweit sie zu rechtfertigen sind, man kennt alle Elemente, die man braucht, um sie zu rechtfertigen. Dies ist also das Element der Antizipation der Vertreter Deutschlands in den Brüsseler Gremien. Und es gibt, wie es der Vertreter der Grünen sagte, in Bezug auf das, was mich heute direkt im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit betrifft, das Pooling and Sharing. Und in der Tat gibt es diese Frage, diese gerechtfertigte Frage, die wie folgt lautet: Wenn wir eine Fähigkeit gemeinsam nutzen, unter welchen Voraussetzungen wird sie dann verfügbar sein? Und hier muss das institutionelle System unserer Mitgliedstaaten mit einbezogen werden. Und natürlich gibt es Mitgliedstaaten, die sagen, ja klar, aber wenn ich gemeinsam mit Deutschland eine Fähigkeit zur Verfügung stelle, können wir diese bei Einsätzen nutzen und wenn ja, wo? Ich glaube, dass dies in der Tat ein wichtiger Punkt ist. Ich habe den Eindruck, dass wir über das EATC, das hier häufiger genannt wurde, geeignete Modalitäten gefunden haben. Und ich glaube, wir müssen wirklich daran arbeiten, praktische Modalitäten in Zusammenhang mit der Achtung der Souveränität zu finden. Jeder hat seine eigenen diesbezüglichen Modalitäten. Die Briten und die Franzosen haben ihre Modalitäten, die im Hinblick auf die Arbeit in Europa nicht so leicht anzupassen sind. Wir müssen die Modalitäten in Zusammenhang mit der Achtung der Souveränität der einzelnen Staaten, die in politischer und verfassungsmäßiger Hinsicht von zentraler Bedeutung ist, anpassen und uns dennoch vertrauen und gemeinsam planen können.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Frau Guérot.

**Dr. Ulrike Guérot:** Ich werde dann auch die Fragen, die mit Blick auf dieses sehr heikle Thema des Parlamentsvorbehaltes, die an mich gerichtet worden ist, zusammenfassen, das waren ja drei. Man müsste den Livestream nochmal hören, aber ich erinnere mich daran gesagt, zu haben, dass das Rechtliche gar nicht das Problem ist und mir kein Fall bekannt sei, wo er mir zum Problem geworden wäre. Das wäre die konkrete Antwort an Herrn Mißfelder. Ich hatte aber gesagt, dass wir darüber strukturell nachdenken müssen, ob in integrierten Strukturen ein deutscher Parlamentsvorbehalt eben asymmetrisch ist. Das war meine Wortwahl und ich hatte ähnlich wie Claude-France Arnould jetzt gesagt, eine Art kulturelle Schwingung gelten gemacht, die etwas mit Vertrauen und Verlässlichkeit zu tun hat, mit Blick auf Antizipatorisches.

Können wir einschätzen, wie sich sowas in Deutschland ausgeben würde und da bin ich eigentlich ganz bei Herrn Schmidt, der mir diese Frage auch gestellt hat, der gesagt hat: in der Substanz ist ja die Frage, wo wir die Entscheidung, die legitimatorische und im besten Fall auch parlamentarische Entscheidung über einen Einsatz verankern. Und da ist die Frage eben nur, ob sie sozusagen nur in Deutschland verankert werden muss und was rechtlich in Deutschland dafür getan werden müsste, dass man das ändert oder ob diese Entscheidung strukturell auf europäische Ebene anders verordnet werden kann, ohne dass wir das jetzt in den Bereich der politischen Utopie abtun. Und insofern würde ich nur gerne darauf hinweisen, dass auch im Bundesverteidigungsministerium diese Diskussion, etwas konkreter zu machen, über das Rückholrecht durchaus sozusagen tabufrei diskutiert wird. Dass aus den Reihen der Abgeordneten, zum Teil hier präsent, Papiere geschrieben worden sind, in denen der Parlamentsvorbehalt problematisiert wurde, ohne dass wir Antworten haben. Zumal, wenn wir eben einpreisen, dass diese Antworten im Grunde der strategische Nachholbedarf Deutschlands sind, sich zu erklären. Ja, also ich glaube, es ist auch aus den Antworten von Claude-France Arnould herausgekommen, dass wir so ein bisschen diesen Erklärungsnotstand haben, eben weil wir noch nicht erklärt haben, was wir denn im Bereich der GASP machen wollten.

Und vor diesem Hintergrund würde ich gerne für eine Fußnote diese Bemerkung nochmal öffnen, sie ist ja von der Fraktion DIE LINKE. nochmal ganz klar mit Blick auf den Begriff der Souveränität thematisiert worden, den auch Herrn Mölling in seinem Vortrag stark thematisiert hat. Und ich würde da doch sagen wollen, dass es hier nicht nur um die GASP geht, wo wir uns in dieser Frage doch im Moment in Europa quälen. Auch eine deutsche Entscheidung in Karlsruhe über das ESM ist in Deutschland als asymmetrisch perzipiert und gilt als problematisch, d.h., wir haben generell im Moment ein europäisches Problem, mit dem Begriff der Souveränität umzugehen, wenn es darum geht, wie wir eine nachnationale Demokratie vielleicht organisieren wollen und wie wir ein Souveränitätsbegriff transzendieren in gewisser Weise. Und wir haben darauf keine Antworten. Ich habe übrigens auch keine. Aber wir haben damit ein Problem.

Und ich darf jetzt eine Anekdote erzählen, die ich 1992 im Deutschen Bundestag oder einen Satz, den ich bekommen habe, von dem damaligen außenpolitischen Sprecher Karl Lamers, als es um die Abfassung des Maastrichter Vertrag ging, und der mir damals in einer Unterredung gesagt hat: Wissen Sie, Frau Guérot, jetzt machen wir den Euro und demnächst werden wir die Frage von Krieg und Frieden deswegen auch gemeinsam entscheiden müssen. Und was er damit meinte, als ich dann ein wenig verdutzt geguckt habe: Kriege kosten nämlich viel Geld. Nicht nur, dass sie viele Menschenleben kosten. Aber ich glaube, worum es in der Diskussion bei der GASP auch gehen sollte, und das ist rationiert in vielen Einlassungen von Herrn Mölling, dass nämlich Strategie und Wirtschaft und Euro auch zusammen gedacht werden müssen, eben weil es die Finanzkrise

gibt, eben weil es den Budgetdruck gibt und weil wir uns dann nicht davon freimachen können, dass der französische Einsatz in Libyen die Franzosen pro Tag eine Million gekostet hat, und wir ihnen nicht nächstes Jahr ernsthaft vorwerfen wollen, dass sie ein Budgetdefizit haben und deswegen Eurofiskalregeln nicht einhalten, nur weil sie humanitäre Interessen vertreten haben, wo Deutschland sich ein bisschen aus der Affäre gezogen hat.

Und diese Diskussion so zu führen, mit Blick auf die strategische Diskussionsfähigkeit in Deutschland und die politische Kultur, ist eine andere Diskussion, als wenn wir uns hinter einem rechtlichen Vorbehalt verstecken. Und ich kann mir nur wünschen, dass der Deutsche Bundestag und die Abgeordneten diese Diskussion so aufnehmen.

Zum Arabischen Frühling, da ich nicht das Büro von Frau Schmidt vertrete, möchte ich mich nicht äußern. Ich kann verweisen auf eine Publikation des European Council on Foreign Relations, wo wir zu MENA gerade das so genannte Schulbuch erstellt haben zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Da bekam das europäische Agieren im MENA-Raum ein „C Plus“, also eine relativ schlechte Note, was sehr viel zusammenhängt mit einer mangelnden strategischen Vision, die hier oft angesprochen wurde, sozusagen als Überbau oder als fehlendes Element in dieser Diskussion, aber für den Arabischen Frühling auch ganz speziell. Natürlich ist es positiv hervorzuheben, dass wir wenigstens im Sicherheitsrat als Europäer eine gemeinsame Position haben, aber viel wirklich energisch Gutes ist, weil hier auch tatsächlich MENA ein gutes Beispiel dafür zu sein scheint, dass wir Handlungspolitik, Flüchtlingspolitik, eingreifende Demokratieförderung noch nicht so zusammenbringen, wie es wünschenswert wäre, dass wir das zusammen bringen.

Und zum EAD, letzte Frage von Herrn Schmidt. Würde ich auch hoffen, dass der Revue, der jetzt kommt, nach ungefähr drei, vier Jahren Kinderkrankheiten, die man ja auch bei den Aufbau eines solchen Dienstes vielleicht mal akzeptieren kann, dass das nicht einfach ist, wie sich da so einfach eine Behörde aus der Kommission ausschält. Da sind zwei, drei Jahre sicherlich eine vernünftige Zeit, um zu sagen, wir hoffen, dass es jetzt besser wird. So, wie Sie gesagt haben. Wir haben ja jetzt vielleicht noch in der Hand, da einen strategischen Clip zu setzen, mit Blick auf den Rat Ende Dezember. Was aber dafür, glaube ich, wirklich Kulturgut sein sollte, ist, dass wir dort auch Personen hinsetzen, die eine politische Mission haben und diese auch haben dürfen, und dass das von den Nationalstaaten auch so gewollt wird. Wir dürfen um diesen Punkt nicht herumreden, dass, wenn wir glauben, dass, wenn wir mit Personen, die wir in so einer Nachtsitzung um fünf Uhr ein bisschen einfach hervorholen und die die politische Präsenz und damit auch Akzeptanz nicht haben, dass der politische Impuls, der aus so einem EAD hervorgehen müsste, natürlich nicht kommen kann.

Und da wäre eigentlich auch tatsächlich wieder ein bisschen mehr Ehrlichkeit in der Diskussion gefragt, wenn es darum geht, mit welchen auch herausragenden europäischen Persönlichkeiten wollen wir denn solche Posten besetzen, wo dann sozusagen in der Diskussion auch bei den Bürgern da wäre, dass diese Personen etwas zu sagen haben und nicht etwa nur sozusagen den Nationalstaaten da ein bisschen reinreden, wenn es um irgendwelche europäischen Engagements geht. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Als nächstes Herr Dr. Mölling.

**Dr. Christian Mölling:** Vielen Dank. Die ersten Punkte, die ich mir aufgeschrieben habe [...] Ich glaube, was wichtig ist, ist, dass wir anfangen, uns eine zukunftsgerichtete Debatte und zukunftsgerichtete Politik vor Augen zu führen. Also nicht die Frage, wo ist Europa jetzt und was wollen wir behalten, sondern, wo wird Europa in zehn Jahren stehen? Wenn Sie sich die Verteidigungsbereiche jetzt mal nur angucken, dann haben Sie nicht die Herausforderung GSVP, sondern da heißt die Herausforderung, was passiert, wenn Großbritannien die EU verlässt, was passiert, wenn die Türkei möglicherweise in die Europäische Union aufgenommen wird und was passiert, wenn wir eine Eurozone haben, die politisch unterfüttert wird, sozusagen ein Kerneuropa auf der einen Seite und einige Satelliten, die dort herum wabern. Was bedeutet das für die Zukunft, nicht nur der Verteidigung, sondern auch für die Frage, wie sich Politik und Parlament dazu zu verhalten hat in irgendeiner Art und Weise.

Insgesamt kann man das Ganze größer ziehen und sich die Frage stellen - Ulrike hat das eben angesprochen -, europäische Demokratie oder wie sieht eine europäische Republik in Zukunft aus? Und wie kann ein deutsches Parlament in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, die seiner Aufgabe gerecht wird? Und das führt mich hin zu der Frage des Parlamentsvorbehaltes und der Souveränität. Ich will den Parlamentsvorbehalt - und das mag falsch verstanden worden sein - überhaupt nicht abschaffen. Ich glaube, dass es eine wichtige Einrichtung ist. Ich habe das auch in meinem Papier nochmal unterstrichen, mit Verweis auf die Diskussion um die Zukunft des Parlamentsvorbehaltes, wo ich empfehlen würde, dass der Deutsche Bundestag das anregt.

Ich glaube, dass man eine solche Kommunikation machen und auch zeigen kann, dass der Parlamentsvorbehalt ein Ausdruck einer spezifischen deutschen, strategischen Kultur ist, die von unseren Partnern zu akzeptieren ist. Es hat in der Tat - und Ulrike hat das und die anderen Freunde auch - gesagt, es hat ja bisher keine Beispiele gegeben, wo Deutschland oder Parlamentsvorbehalt irgendwas quasi in der Entscheidung verändert hat. Natürlich gibt es sowas wie voreilenden Gehorsam, das lasse ich jetzt mal beiseite. Sie haben Beispiele in anderen Ländern, wo quasi Regierungen Einsätze verhindern oder wo das Nichtvorhandensein von Regierungen Einsätze verhindert. Zum Beispiel Belgien, die immer mal wieder eine kleine Regierungskrise haben und deswegen Einsätze nicht beschließen können, oder aber weil sie keine Regierung haben, einen Einsatz positiv beschließen können. Auch dafür gibt es Beispiele. Also da gibt es viele Variablen, die reinspielen. Ich glaube, was man sich einfach vor Augen führen muss, ist, dass - Ulrike hat das, glaube ich, vorhin gesagt -, mit Blick auf die Perzeption, also das, was quasi immer vorgehalten wird, wenn im Ausland gefragt wird: Seid ihr Deutschen dabei, ist das, was die Leute sagen: Ja, wir würden sofort, aber ihr wisst ja, wir haben den Parlamentsvorbehalt. Also, das ist sozusagen die Abwehrhaltung, um dem gegenüber zu begründen, warum Teile der Exekutive vielleicht keine Haltung dazu einnehmen möchten, zu der Frage, gehen wir in einen Einsatz oder gehen wir nicht in einen Einsatz.

Ich glaube, dass man zu einem späteren Punkt die ganzen Souveränitätsdebatte versuchen sollte, auf sehr konkrete Probleme runterzubrechen. Also, was heißt denn die Souveränitätskiste eigentlich für die Frage vom Pooling und Sharing konkret, und sich Beispiele anguckt, und sagt, ok, was müssen wir regeln. Was müssen wir und was können wir davon vertraglich, völkervertraglich untereinander regeln? Denn so machen es andere Länder auch und das funktioniert ja offensichtlich. Und das haben wir in der Vergangenheit auch schon gemacht. Also ich würde jetzt, ich will den Souveränitätsbegriff nicht aufbauschen und nicht überhöhen, sondern ich plädiere eher dafür, ihn runterzubrechen, auf die konkreten Probleme, die er verursacht, und zu gucken, wie

lösen wir die denn. Und was als Rest davon übrig bleibt, da sind wir nicht bereit, diese Schwelle zu gehen. Das ist auch ein Teil deutscher Kultur, an dem wir sagen, das machen wir nicht so.

Ein anderer Punkt, den ich da noch einflechten möchte, ist, [.....] aber der Parlamentsvorbehalt und die Entscheidung des Parlaments müssen quasi immer noch mit dem Wesentlichkeitsanspruch verbunden sein. Das heißt, es wäre sinnvoll, wenn das Parlament wesentliche Dinge entscheidet und nicht in [.....] Ich habe großes Verständnis dafür, im Kampf um seine Kontrollrechte [.....] versucht irgendwann stärker in die Exekutive einzugreifen, als die Exekutive das selber teilweise tut.

Zu den Anmerkungen von Herrn Stinner, zum Stand der Gemeinsamen Sicherheitspolitik. Ich habe deshalb vorhin so stark gegen die ESS argumentiert, weil ich glaube, wenn man sie jetzt machen würde, würden Sie einen status quo einer sicherheitspolitischen Debatte festschreiben, der zeigen würde, dass wir im Grunde genommen komplett auseinander dividieren. Also wir haben die Regionalisierung von Interessen, wir haben eine Nationalisierung von Interessen teilweise. Wir haben keine Solidarität in den derzeitigen Diskurs mehr. Und von daher glaube ich, dass es einfach nicht sinnvoll ist, jetzt einen neuen status quo festzuschreiben. Es könnte sein, dass wir nachher weniger haben als das Dokument, das wir 2003 vorgelegt bekommen haben.

Insgesamt gibt es auch aus diesem Land immer wieder den Versuch, so eine Arbeitsteilung aufzumachen, nach dem Motto, die NATO macht militärisch und die EU macht zivil. Auch das mit dem Verweis auf eine Zukunftsgewandtheit der Debatte, würde ich sagen, macht gar keinen Sinn mehr: NATO und die EU werden sich in den nächsten zehn Jahren erheblich verändern. Es wird eine Europäisierung der NATO geben, weil die Amerikaner sagen, politisch habt ihr Europäer ab sofort die Entscheidung, militärisch helfen wir euch. Das haben die letzten Operationen gezeigt. In Libyen sind die Amerikaner militärisch dabei gewesen, in Mali sind sie es auch. Aber sie sagen, die politische Führung und wohin ihr gehen wollt, das machen wir nicht mehr für euch, das müsst ihr für euch übernehmen. Deswegen again, es sind die Staaten, die das zu entscheiden haben, in welchem Rahmen sie was machen und ob sie das zivil oder militärisch gestalten wollen.

Zu Herrn Schmid und EAD: In der Kürze geschuldet habe ich gesagt, das ist gescheitert. Ich glaube, es ist als endgültiges Urteil deswegen richtig, weil man drei Jahre lang Zeit gehabt hat, quasi ein Change Management zu organisieren. Und wenn Sie eine Bürokratie schaffen wollen - und darum geht es ja vor allen Dingen, auch wenn die nachher politisch wirkt -, dann müssen Sie sich überlegen, wie Sie zwei oder drei unterschiedliche Organisationskulturen zusammenbringen. Und das hat man nicht gemacht und dementsprechend haben Sie mehrere Gräben, aus denen permanent geschossen wird, und was zu einem quasi Nullsummenspiel nachher geführt hat. Man bekämpft sich da zwischen den Kommissionsseiten, ehemaligen Ratsseiten, zwischen den Zivilen und den Militärs, im EAD und man muss sagen, ok, das ist etwas, wo untereinander in Brüssels Babbel [???) quasi Politik gemacht wird, was aber Gott sei Dank hier in der Hauptstadt nicht mehr ankommt. Das wäre ziemlich dramatisch. Ich gebe Ihnen Recht, es gibt noch eine Chance, das zu ändern. Aber ich glaube, dass das viel Kraft kosten wird und Ulrike hat, glaube ich, eben den politischen Kalender auch schon aufgezeigt. Wir haben ja irgendwann jetzt auch einen Wechsel der Kommission, das wird länger dauern als drei Jahre, aus der jetzigen Gemengelage heraus tatsächlich ein funktionierendes und kraftvollen EAD zu schaffen, der sicherlich auch in den Sog der

Negativdynamik nach Lissabon hineingeraten ist. Fazit bleibt aber, der kann zurzeit das, auch die Erwartungen die in ihm gesteckt worden sind, zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht erfüllen. Danke.

**Der Vorsitzende:** So, jetzt noch bitte Herr Wagner.

**Jürgen Wagner:** Ja, zunächst mal zur Frage von Herr Stinner, ob mir bewusst ist, dass Deutschland den Umfang seines Militärs reduziert hat. Es ist mir bewusst. Ich möchte aber ein, zwei Anmerkungen dazu machen. Das allein hat ja noch kein Aussagegehalt. Nur weil man jetzt noch auf 220.000 Soldaten runtergegangen ist, hat man gleichzeitig aber den Anteil derjenigen Soldaten, die gleichzeitig ins Ausland geschickt werden können, ja von sieben- auf elftausend als Zielgröße hochgesetzt. Also auch wenn man in der Zahl abrüstet, bedeutet das nicht, dass man mehr Soldaten nicht für Auslandseinsätze aufrüstet. Genauso übrigens beim Haushalt selber. Der zweite Bereich. Ursprüngliche Zielgröße war mal, mit dem deutschen Beteiligungshaushalt auf 27,6 Milliarden 2014 runterzugehen. Die neuen Zahlen sehen ganz anders aus. Das wird ja auch jeder wissen. De facto haben wir einen Aufwuchs, auch da nochmal bestätigt. Das ist meine Auffassung, dass hier eigentlich von Kahlschlägen oder sonst irgendetwas geredet wird, im Militärbereich nicht geredet werden kann. Das sind einfach Umstrukturierungen in der Interventionsfähigkeit. Das hat aber nichts mit einer Reduzierung von militärischer Kapazität zu tun. Das ist einfach eine Misswahrnehmung, die leider auch sehr erfolgreich in die Öffentlichkeit getragen wird.

Zur Anmerkung von Frau Arnould. Ja, die Zahlen der Europäischen Verteidigungsagentur unterscheiden sich ziemlich von denen von SIPRI, dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut. Als unabhängige Institution verlasse ich mich da eher auf Stockholm. Also, da hat man tatsächlich unterschiedliche Modalitäten. SIPRI rechnet einige Dinge rein, die die Verteidigungsagentur nicht als Rüstungsausgaben deklariert, beispielweise kommt so was dann zustande. Ich habe mich auf die SIPRI-Zahlen bezogen.

Zum großen Komplex, oder vielleicht nochmal zur anderen Frage von Herrn Stinner, der unterschiedlichen Interpretation GASP/GSVP. In meiner Wahrnehmung ist es nicht unterschiedliche Interpretationen, die irgendwie in den Ländern rumrennen, sondern zwischen unterschiedlichen, sozusagen, was ist der Schwerpunkt und sollen diese beiden Politikbereiche getrennt oder als „Comprehensive Approach“ Hand in Hand verzahnt agieren. Das sind, glaube ich, die zentralen Debatten. Ich bin kein Fan davon, aber die Entscheidung scheint ja gelaufen zu sein, dass man als „Comprehensive Approach“ zivil und militärisch eng miteinander verknüpft. Und jetzt ist nur noch die Frage, was hat das für Folgen. Und da gibt es nicht nur mich als Kritiker, da gibt es eine ganze Reihe von Kritikern, die sagen, wir haben eine enorme Versicherheitlichung von vormals zivilen Außenpolitikbereichen. Da braucht man nicht die Energiepolitik nehmen, da kann man die Klimapolitik nehmen, da kann man zum Beispiel, als eines der wichtigen Beispiele - oder jetzt ganz aktuell, der AFISMA-Einsatz. Der wird finanziert im Wesentlichen jetzt wieder aus der African Peace Facility. Das ist ein Topf aus der europäischen Entwicklungshilfe. Das sind Entwicklungshilfegelder, mit denen Militäreinsätze gesponsert werden. Und das hat damit zu tun, dass hier zivil und militärisch, auch meiner Ansicht nach, auf recht problematische Weise miteinander verschoben werden. Man kann diskutieren, aus welchen Töpfen man so was finanzieren sollte, aber ich finde nicht, dass Entwicklungshilfegelder für Militäreinsätze herangezogen werden sollten. Also das ist eine Debatte, wie hier die Schwerpunkte zu werten sind.

Zum ganzen Fragenkomplex Parlamentsvorbehalt, den ich, wie ich schon finde, wenn man über GSVP redet, dann müsste eigentlich in einem deutschen Ausschuss schon sehr im Zentrum stehen und das tut er zum Glück auch. Wurde ja schon mehrfach betont. Absolut richtig, der Parlamentsvorbehalt hat bis jetzt noch keinerlei Einsatz verhindert. Die Frage ist, bleibt das so? Oder ist es nicht eine Frage der Zeit? Ich möchte aus dem Papier, was vielleicht einige kennen, aber vielleicht auch nicht alle, von Herrn Schockenhoff als stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundesfraktion kurz zitieren zu Folgen zu Pooling und Sharing. Zitat: „Wichtig ist, dass wir unsere Verbündeten auf Kommando, Logistik, Aufklärungs- oder Ausbildungseinheiten, die geteilt werden, verlässlich zugreifen können. Eine wirkungsvolle GSVP wird die militärischen Fähigkeiten der einzelnen Staaten in so starken Maßen zusammenlegen und unter geteilter Führung stellen, dass das nicht möglich sein wird, in einen EU-Einsatz zu gehen, den die deutsche Regierung und der Deutsche Bundestag allein aus eigener Initiative nicht beschlossen hätten.“ Also, das ist sozusagen das, was möglicherweise als Extremvision aus Pooling und Sharing droht. Und ich bin der Meinung, der Bundestag kann das sehr wohl beschließen oder eben nicht beschließen. [...] aus dem Parlamentsvorbehalt, wie einen alten Hund abzulegen oder, und da bin ich sehr der Meinung, es auch als ein Stück weit als Exportschlager zu sehen, zumindest auf der europäischen Ebene, auch endlich mal bisschen bindendes Recht für das Europäische Parlament einzuführen, ohne nationalstaatliche Kontrollbefugnisse sofort abzubauen. Den Nationalstaaten muss man sowieso im Sicherheitsbereich alles aus der Nase ziehen, was nur ein bisschen Kontrolle bedeutet, deswegen, Schritt für Schritt wenigstens ein bisschen Aufwertung des Parlamentes, ohne die nationalen Parlamente zu entmachten. Art. 36 EuV sagt im Prinzip aus zum EU-Vertrag, dass es zum Beispiel nichts zu sagen hat in der GSVP, und das muss sich dringend ändern, wenn man auch Legitimität schaffen will. Europäisierung ohne Demokratisierung macht m.E. auch das Demokratiedefizit, was viele Bürger in Deutschland verspüren, keinen Schritt besser.

Zum letzten Fragenkomplex vielleicht nochmal, warum ist man überhaupt nicht in der Lage, eine richtige Debatte über die GSVP zu führen? Ich glaube tatsächlich [...] Zum Beispiel in Deutschland man scheut die auch. Man scheut natürlich auch Fragestellungen. Wollen wir Gewalt anwenden und wenn ja, zu welchen Gründen? In der Regel wird es nicht in die Öffentlichkeit rein getragen, weil man diese öffentliche Debatte scheut. Man scheut Fragen, wie wollen wir ein militärisch unterfütterter Global Player“ sein. Und man hat insgesamt, das ist zumindest meine Auffassung, bei Militäreinsätzen - wurde gerade klar mit Mali -, man hat so einen altruistischen Reflex. Also immer, wenn wir als Deutschland oder als EU Militär einsetzen, dann ist das für die humanitäre Sache, für die sonstige Sache, und die Experten-Diskussion laufen ganz anders. Im ATALANTA-Einsatz zum Beispiel, Piratenbekämpfung am Horn von Afrika, haben wir offiziell die Schiffe des Welternährungsprogramms geschützt. Tage später kommt der Chef des Einsatzes in den Ausschuss und sagt, natürlich geht es da nicht darum, natürlich geht es um die Tankerrouten. Das finde ich eine öffentliche Debatte und nicht eine Debatte die in Ausschüssen geführt wird. Die Frage der Interessen muss öffentlich debattiert werden, weil ich sehr überzeugt bin, dass der Großteil der deutschen Bevölkerung z.B. solche Interessen wie Schutz von Tankerschifffahrtrouten nicht als militärische Aufgaben sieht, aber ich glaube, dass deswegen auch die strategische Debatte nicht vorankommt, weil man die im stillen Kämmerlein eher führt. So viel von meiner Seite.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Wenn Sie beide bitte Ihre Mikrofone wieder ausknipsen, sonst haben wir so einen Rückkopplungseffekt. Wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Herr Kiesewetter. Herr Kiesewetter ist Mitglied der CDU/CSU Fraktion.

**Abg. Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. Ich bin sehr froh, dass wir über europäische Sicherheit diskutieren. Mir wird das ein bisschen zu arg auf den militärischen Fokus bezogen, denn ich glaube, wir stehen in Europa vor zwei Schlüsselfragen. Erstens: Wie erhalten wir den sozialen Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften? Und zweitens: Wie gehen wir mit der demografischen Entwicklung um? Und die Antwort im Bereich der Sicherheit kann nicht sein, dass wir 27 Streitkräfte mit entsprechender Beschaffungsmechanismen haben, und die Antwort kann auch nicht sein, dass wir zwei Millionen Menschen in Streitkräften innerhalb der Europäischen Union binden. Das ist eindeutig zu viel, der Prozess ist zu aufwändig. Ich sehe, dass wir drei zentrale Herausforderungen lösen müssen. Das eine ist die Bewahrung der wirtschaftlichen Stabilität, nicht nur in der Eurozone, sondern in der Europäischen Union. Zweitens, die langfristige Sicherung unserer Energieversorgung und drittens eine glaubwürdige und auch starke Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Das führt mich zu drei Fragen und zu einer Anmerkung. Meine Fragen richten sich an alle Vertreter, wie Sie das hier schön machen.

Zunächst zum Parlamentsvorbehalt. Ich bin Frithjof Schmidt sehr dankbar für seine sehr differenzierte Darstellung, auch Herrn Mölling. Es geht ja, glaube ich, um zwei Dinge. Das eine ist beim Parlamentsvorbehalt. Wie gehen wir bei geteilten Fähigkeiten um, wenn also Fähigkeiten abgetreten werden, Staaten darauf verzichten, dauerhaft alleine über sie zu verfügen? Wie gehen wir da mit der Souveränität um. Und das zweite - also ein in Zukunft gerichteter Ansatz -, und das zweite ist der aktuelle Umgang mit dem Parlamentsvorbehalt. Ich bin ein starker Verfechter davon. Der hat allerdings eine ganz starke Konsequenz für unsere eigene Außenpolitik. Stichwort: Schnelligkeit. EU-Battle Groups und auch die NATO-Response Force sollten innerhalb von 72 oder 96 Stunden einsatzfähig sein. Das wird nie mit deutscher Beteiligung gehen, weil wir immer etwa zehn Tage brauchen, bis Parlamentsbeteiligung sinnvoll und nicht mit heißer Nadel gestrickt ermöglicht wird. Das hat aber zur Folge, und darüber bitte ich nachzudenken, dass unsere eigene Einsatzstrategie nie ein schnell rein sein wird, sondern wir immer mit dem leben müssen, was andere Nationen bereits im Guten wie im Schlechten angerichtet haben. Das bedeutet also, dass Deutschland in vielen Fällen als Krisennachsorgenmacht - habe ich das mal genannt - wird auftreten müssen, weil sie nicht in der Lage sind, schnell zu reagieren. Dass es auch zu einer Schere in den Köpfen führen kann oder so, das will ich hier gar nicht diskutieren. Jedenfalls merke ich auch aus meiner eigenen Erfahrung bei EU und NATO - im EU-Rat war ich mal und auch im NATO-Hauptquartier -, dass man sehr schnell sagt, das würden wir ja gerne, aber das will das Parlament nicht. Und umgekehrt hört man diese Argumentationsweisen auch im Parlament oder auch auf Regierungsebene. Das ist Polemik, das müsste man untersuchen. Wir müssten eigentlich vielmehr den Schluss daraus ziehen, dass wir bewusst nicht schnell sein wollen und deshalb unsere Außen- und Sicherheitspolitik eher auf Krisennachsorge ansetzen müssten und mehr Einfluss nehmen auf diejenigen, die schnell rein und raus gehen.

Nun zu meinen drei Fragen, die sich an alle Vier richten, an alle Fünf. Zunächst einmal geht es doch, glaube ich, auch darum, dass wir strategisch diskutieren. Madame Arnould, Sie haben es zum Teil angesprochen. Ich halte es schon für wichtig, dass wir die Europäische Sicherheitsstrategie anpassen müssen, denn es fehlt aus meiner Sicht eine strategische Diskussion darüber, welche Interessen die Europäische Union mit welchen Aufgaben und Instrumenten erfüllen will und in welchen geografischen Räumen sie aktiv sein will. Das werden polnische EU-Vertreter anders beantworten als französische. Und wir Deutsche positionieren uns da nicht, sondern versuchen auszugleichen. Also für



mich ist eher der Punkt, brauchen wir eigentlich eine grundlegende strategische Diskussion über Interessen, Aufgaben, Instrumente und Definitionen der geografischen Räume?

Die zweite Frage. Andreas Schockenhoff und ich haben bewusst das Thema Anlehnungspartnerschaft angesprochen. Wir sprechen uns auch bewusst für den Begriff Anlehnungspartner aus und nicht für den Begriff Anlehnungsmacht, weil wir gerne Partner sein wollen von Staaten einer vergleichbaren sicherheitspolitischen kulturmilitärischen Zurückhaltung. Das bedeutet, dass wir mit kooperationswilligen Partnern ein Konzept für eine gemeinsame europäische Verteidigungsplanung entwickeln sollten. Meine Frage insbesondere an Frau Arnould ist hierbei - aber ich wäre auch dankbar, wenn Frau Guérot etwas dazu sagen würde -, das ist der Punkt - sollten wir eigentlich nicht das Instrument der ständigen strukturierten Zusammenarbeit auf die GSVP anwenden, wie wir es jetzt gerade in der Transaktionssteuer erleben?

Dritte Frage, Rolle der Türkei. Wir haben noch gar nicht darüber diskutiert, durch die strukturellen Handlungsunfähigkeiten zwischen NATO und EU, das möchte ich hier auch gar nicht vertiefen, weil das Thema ja die EU ist. Aber sollten wir nicht, um eine handlungsfähige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erreichen zu können, die Türkei stärker einbinden? Und hier interessiert mich insbesondere von Ihnen allen die Frage, sollten wir nicht die Türkei stärker in GASP einbeziehen, in die informellen Außen- und Verteidigungsministertreffen, und sollten wir nicht auch die Türkei in den EAD aufnehmen? Ist jetzt eigentlich nicht die Zeit, von Türkei und Zypern einige Dinge abzuverhandeln, dass sie ihre Vorbehalte aufgeben? Ich möchte hier nicht das Kapitel 23 und anderes erwähnen, mit Blick auf die EU-Aufnahme. Da gehöre ich zu denjenigen, die sehr gerne darüber diskutieren würden und auch in unserer Partei dafür werben. Aber ich will hier keine Scheindiskussion über die EU-Aufnahme der Türkei führen, sondern Sie ganz konkret fragen - Frau Arnould insbesondere -: Was spricht aus Ihrer Sicht strukturell dagegen, dass die Türkei Mitglied der EDA wird und was müssen wir tun, welche Initiativen brauchen wir, dass die Türkei bei den Treffen, den Vortreffen der GASP/GSVP aktiv teilnehmen kann? Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Frau Zapf. Frau Zapf ist Mitglied der SPD-Fraktion.

**Abg. Uta Zapf (SPD):** Ja, danke schön. Ich glaube, dass es eine sehr wichtige Diskussion ist und wir auch die entsprechenden Folgerungen daraus ziehen müssen, sonst bleibt es bei der Stagnation, die viele von Ihnen beschrieben haben. Ich will nur eine Anmerkung aus meiner alten Erinnerung machen. Es hat zweimal zumindest schon Schwierigkeiten mit dem Parlamentsvorbehalt gegeben. Das eine Mal war beim Einsatz der Tornados in Jugoslawien. Da gab es interfraktionell, bei der SPD zumindest, eine starke Kontroverse. Und das zweite war AWACS auch im ehemaligen Jugoslawien, aber auch in Afghanistan, da ist schließlich der AWACS-Einsatz nicht zustande gekommen, nicht am deutschen Widerstand, sondern am französischen Widerstand. Und deshalb glaube ich, müssen wir sehr genau darüber nachdenken, welche Bedingungen wir schaffen müssen, wenn wir tatsächlich dieses Pooling und Sharing, diese gemeinsamen Fähigkeiten, miteinander aufbauen wollen und eine gemeinsame Richtung einschlagen mit unseren Militärkräften, wie wir den Parlamentsvorbehalt behandeln und wie weit zum Beispiel das Europäische Parlament dort eine stärkere Rolle bekommen kann.

Also dieser Punkt ist mir eigentlich sehr wichtig. Es wird schwierig genug, glaube ich, aus Sicht der nationalen Parlamente, weil man dann noch wieder eine stärkere Kooperation

zwischen den nationalen und dem Europäischen Parlament herstellen müsste. Da mangelt es noch. Ein zweiter Gedanke, den ich hier noch mal einführen möchte, der ist noch gar nicht erwähnt worden. Es wurde davon gesprochen, dass wir eher zivile Friedensmacht sind in der EU, dass wir uns entscheiden müssen, ob wir zu einer Interventionsmacht werden wollen, und es wurde auf die kulturellen Unterschiede hingewiesen. Also Deutschland hat einen sehr schweren Weg gemacht in den letzten 20 bis 25 Jahren. Von der Frage, ob wir unsere Kräfte, Blauhelme zum Beispiel, außerhalb des Bereiches der NATO überhaupt einsetzen. Das habe ich noch erlebt, diese Kontroverse im deutschen Parlament und wie wir damit umgehen. Also, wir haben einen weiten Weg gemacht, aber wir sind auf dem halben Weg stehen geblieben, weil wir uns nicht über eine Bedrohungsanalyse einigen können. Es gibt weder in der NATO noch in der Europäischen Union meines Wissens eine Bedrohungsanalyse. Die NATO macht eine, die will ich zitieren: „Aus dem strategischen Konzept, da ist Terror, Cyber, illegale Migration, organisierte Kriminalität, Drogen und Menschenhandel und ein bisschen konfessionelle Bedrohung irgendwo noch in der Ecke“ - muss wohl Russland sein, die Ecke. Aber das ist doch alles nichts, wo ich primär starke militärische Einsätze fahren muss. Sondern das Wesentliche sind solche Einsätze, wie wir sie in Afghanistan gefahren haben, das Wesentliche sind solche, die wir in Syrien nicht machen, in Libyen gemacht haben und in Mali jetzt beginnen. Und darüber sind wir uns nicht einig, bei welchen Kriterien wir solche Einsätze machen. Und dann kann ich sagen, jawohl, wir sind bereit, ob jetzt Responsibility to Protect die Motivation ist oder ob es Interessenwahrung ist - ich denke, man kann mit beidem ganz gut politisch argumentieren, wenn man offen damit umgeht. Dann müssen wir uns darüber einigen, was die Kriterien sind und was dazu gebraucht wird. Und können wir arbeitsteilig vorgehen, dass eine Nation bestimmte Fähigkeiten hat und eine andere nicht. Das, denke ich, ist also eine wesentliche Arbeit, die wir noch zu leisten haben. Ein zweiter Punkt oder ein dritter Punkt wäre: Wie gehen wir mit dem Verhältnis NATO und EU-militärische Fähigkeiten um? Auch das ist m.E. in unserem Bewusstsein nicht geklärt.

Erst haben wir mal gesagt [.....] Also, das fing 1991 an mit Malo [???]. Das hat sich dann entwickelt. Dann haben wir dann also Headline Goals und Ähnliches entwickelt. Und es wurde ja hier auch deutlich gesagt, so wirksam ist das überhaupt noch nicht, dass wir damit punkten können. Dann gab es in einer heftigen Diskussion, ob wir armen Europäer nur als Werkzeugkasten für die NATO benutzt würden, dass war so um die Irak-Invasionszeit. Und allmählich jetzt auch durch die Erfahrungen in Afghanistan fangen wir doch an, darüber nachzudenken, wie wir tatsächlich wirkungsvoller vorgehen können. Aber ich glaube, die Vorbedingungen sind noch lange nicht erfüllt, dass wir europäisch da eine gewisses Einvernehmen bekommen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Zapf. Als nächstes Frau Hoff. Frau Hoff ist die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP.

**Abg. Elke Hoff (FDP):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Es gibt offensichtlich Begriffe, die sehr hartnäckig sind, wenn sie einmal gesetzt worden sind, aber das macht sie deswegen nicht richtig. Das ist genau wie mit dem Arabischen Frühling, so ist es mit dem Begriff des Parlamentsvorbehaltes. Das Gesetz, auf dessen Grundlage der Deutsche Bundestag über Entsendungen von Soldaten in Auslandseinsätze entscheidet, heißt nicht Parlamentsvorbehaltsgesetz, sondern Parlamentsbeteiligungsgesetz. Und ich glaube, das impliziert eine ganz andere politische Haltung, die dahinter steht als das, was häufig so als Parlamentsvorbehalt hier vorgetragen wird. Ich glaube auch, dass bei der Diskussion über diese Frage häufig die Verfassungslagen in dem jeweiligen Staaten-

recht kurzfristig außer Acht gelassen werden. Ich glaube, dass es gerade in unserem Land sehr deutlich ist, dass das Verfassungsgericht uns auch durch Rechtsprechung mehrfach dem Parlament eine sehr, sehr starke Stellung bei der Entscheidung über Fragen von Sicherheitspolitik und Entsendung von Streitkräften gegeben hat. Mir liegt wirklich sehr daran, das hier nochmal zu betonen, weil mich häufig doch irritiert, wie man so darüber weggeht und etwas in Frage stellt, was für mich auch ein Merkmal der Identifikation mit unserer Verfassung ist. Aber das wollte ich an der Stelle nur bemerken.

Ich habe aber andere Fragen. Und zwar das Thema wirtschaftliche Ausrichtung der nationalen wehrtechnischen Industrien. Ich glaube, dass die jeweilige Formation von wehrtechnischen Industrien und deren Bedeutung für die nationalen Arbeitsmärkte durchaus auch Einfluss darauf hat, wie man sich sicherheitspolitisch aufstellt. Beispielsweise hat der Bereich der wehrtechnischen Industrie in Großbritannien, in Frankreich und in Deutschland eine völlig andere Bedeutung. Was die Generation von Wertschöpfung anbetrifft, was die zur Verfügungstellung von Arbeitsplätzen anbetrifft und auch was die Entwicklung und auch Erhalt von Kernfähigkeiten angeht.

Also meine Frage, wahrscheinlich insbesondere an Sie, Madame Arnould: Wie ist Ihre Bewertung dieser Situation in Bezug auf eine Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit allen Implikationen? Dann ist eben auch sehr zu Recht vorgetragen worden, dass die Diskussion, soweit ich sie jetzt verfolgen konnte, sich sehr stark auf den Einsatz militärischer Mittel bezieht. Ich glaube, wenn wir eines aus den Konflikten der vergangenen Jahre gelernt haben, ist es die Konfliktnachsorge und dass das, was nach militärischer Interventionen passiert, mindestens genauso wichtig, wenn nicht wichtiger ist. Und an der Stelle meine Frage: Glauben Sie, und das richtet sich an alle, dass die Ausarbeitung einer europäischen Fähigkeit in Bezug auf Polizeiertüchtigung, Polizeiausbildung, angefangen von, ich sag mal, ganz normalen Polizeiaufgaben bis hin zur Grenzkontrolle (Boarder Police), dass das eine europäische Fähigkeit sein könnte, die man im Rahmen einer kohärenten GSVP entwickeln muss? Ich halte das für wichtig, aber da würde mich auch Ihre Auffassung dazu interessieren.

Dann ist eben auch noch mal angedeutet worden, EU-Battle Group und NATO Response Force, also jeder militärische Einsatz, hat mindestens drei mal so viel Zeit und beansprucht mindestens drei mal so viel Zeit wie die Entscheidungsfindung innerhalb des Parlamentes. Also, ich möchte mal die Armee sehen, die relativ kurz unvorbereitet in eine bestimmte Region hineingeht, ohne das man vorher die Zeit hat. Und ich glaube auch nicht, dass an der Stelle die Parlamentsbeteiligung eine Rolle spielt. Warum ich das sage? Meine Frage, in den Gesprächen, insbesondere auch mit französischen Kollegen – ich hatte schon den Eindruck, dass es auch dort ein großes Interesse daran gibt, die Beteiligung des Parlamentes wesentlich früher zu implementieren. Präsident Sarkozy hatte ja während seiner Amtszeit schon die Schwelle der Einbringung abgesenkt. Aber mein Eindruck war - vielleicht täusche ich mich, vielleicht widerlegen Sie dem auch -, dass es auch hier in anderen europäischen Mitgliedstaaten Interesse gibt, die Beteiligung des Souveräns etwas mehr auszudehnen, um natürlich auch die Kommunikation in die eigene Bevölkerung auch zu verbessern an dieser Stelle.

Letzte Frage. Stellenwert innerhalb einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Bezug auf unsere osteuropäischen Partnerstaaten. Wir reden zurzeit immer wieder so aus der Aktualität heraus, natürlich befördert, wie hält es Europa mit Afrika, das Territorium auf der anderen Seite der Küste. Aber ich glaube, das mindestens genauso wichtig auch für die Gesamtbetrachtung einer Europäischen Sicherheits-

und Verteidigungspolitik das weitere Zusammenwachsen Europas ist und auch die Betrachtung der Sicherheitslage in den Staaten, die nicht nur ökonomisch zu kämpfen haben, sondern die - das ist eben auch schon richtig gesagt worden - eine ganz andere Bedrohungsperzeption haben. Wie kann man aus Ihrer Sicht diese unterschiedlichen Dinge - hier die aktuelle Problematik, mit der aktuellen Finanzierung, Bestückung von Einsätzen, aber auf der anderen Seite eben so genauso wichtig die Betrachtung im osteuropäischen Bereich -, wie kann man diese Dinge in eine kohärente Sicherheits- und Verteidigungspolitik hineinbringen? Vielen Dank.

**Der Vorsitzende:** Herr Gehrcke. Herr Gehrcke ist der außenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

**Abg. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE.):** Ich möchte gerne den Begriff aufnehmen, den eben Frau Hoff gebraucht hat und der mir die ganze Zeit durch den Kopf geht bei ihren Darlegungen. Wer ist eigentlich der Souverän in Europa? Wer ist eigentlich der Souverän? Sind es die Institutionen, die Sie schildern in Ihren Ansprüchen oder muss man nicht viel mehr darüber nachdenken, dass der europäische Gedanke beim eigenen Souverän so viel an Strahlkraft verloren hat, dass für Europa und einer Zukunft Europas sich derzeit weder in der Politik noch bei den Bürgerinnen und Bürgern relevante Leute engagieren? Ich halte das für das größte Problem und das spricht für die Entfernung von politischen Entscheidungsprozessen von den Bürgerinnen und Bürgern. Jetzt hat der Außenminister, Herr Westerwelle, mit anderen Außenministern zusammen ein sehr interessantes Papier verfasst über die Zukunft Europas, und hat angeregt, eine Debatte darüber zu führen. Da ist kaum jemand eingestiegen. Also, wir haben eine Antwort darauf geschrieben. Ich glaube, genau die Debatte brauchen wir und dann muss man auch aushalten können, dass sehr unterschiedliche Positionen aufeinander treffen.

Ich will mal zwei, drei formulieren. Hier wird zur Begründung der Parlamentsbeteiligung formuliert, dass die Parlamentsbeteiligung noch keinen Einsatz verhindert hat. Ich sage, leider. Weil es eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes war, um dem Parlament real die Entscheidung zu diktieren. Ja oder Nein. Keine Regierung geht ins Parlament, wenn sie nicht die Mehrheit vor hat, es sei denn, sie will stürzen oder zurücktreten. Und die Fiktion der Rückholung ist eine reine Fiktion. Wir haben es einmal beantragt, da waren die Mehrheiten auch vorher klar. Also, ich hätte mir die Mühe, den Antrag zu schreiben, wenn es nicht auch eine gewisse öffentliche Wirkung gehabt hätte, sparen können. Das heißt, es wird eine Fiktion aufgebaut, auf der anderen Seite werden die Abgeordneten, selbst wenn sie dagegen stimmen, für die Entscheidung mit in Haftung genommen von der Bevölkerung, was nicht unerheblich ist. So muss man nicht die Frage aufwerfen, dass auch in Europa bei Entscheidungen – Militäreinsatz ja oder nein – der Souverän ein Mitspracherecht haben muss. Möglichst direkt. Ich halte das für die eigentlich relevantere Frage. Alles andere sind nur Fragen der Ausgestaltung. Also wir können nun für das Parlamentsbeteiligungsgesetz somit einigen, das ist eine Fragestellung. Es hat leider nicht so gewirkt, wie ich es gerne gehabt hätte. Ich hätte schon als Instrument der Opposition auch gesehen, gegen eine allzu starke Regierung.

Die zweite Frage, die hat Niels Annen aufgeworfen, da ist leider keiner drauf eingestiegen, deshalb mache ich das schon aus alter Kollegialität. Niels, ich finde da muss man nicht drüber nachdenken, dass wirklich so was aufzieht wie eine neue Weltordnung. Die unipolare Welt, die bipolare Welt ist vorbei. Die Weltherrschaft der USA ist vorbei. Was zieht denn auf an neuer Weltordnung? Mit welchen Kräfteverhältnissen und mit welchen Gestaltungsmächten? Und die Gestaltungsmächte sind nicht nur die Regierungen, aber

auch [.....] Und ich finde, auf diese Frage lassen wir uns viel zu wenig ein. Die Antwort, wir brauchen ein starkes Europa, um dort mitmischen zu können, finde ich für mich völlig unerheblich in diesem Zusammenhang. Ich möchte auch gerne drüber nachdenken, welche Institutionen sind der Rahmen dafür. Ich fand es interessant bei Ihnen allen. Nur die Vereinten Nationen haben überhaupt keine Rolle gespielt. Ihre Welt ist halb Europa, das ist noch nicht mal ganz Europa. Sie kriegen in Europa keine Sicherheit, wenn Sie Osteuropa völlig ausblenden aus den ganzen Debatten. Das sind Uralt-Debatten. Sicherheit nicht gegeneinander, sondern miteinander. Ich finde sie trotzdem höchst aktuell und ich denke eigentlich, das moderne Nachdenken wäre, wenn man wirklich einen globalen Anspruch hat, zu überlegen, in welchem Rahmen können solche materiellen Auseinandersetzungen, Unterschiedlichkeiten ausgetragen werden.

Und wenn ich jetzt noch dazu sagen darf, ich werde immer vielleicht skeptisch, wenn rüstungsorientierte Kräfte nicht von dem Geld sprechen, was über Rüstung verdient wird. Das trifft auf die Europäische Rüstungsagentur. Es ist ein Vermittlungsgeschäft für Rüstung, an dem verdienen europäische Rüstungskonzerne nicht zu wenig. Ich will nicht nur über den Umfang der Rüstung reden, da will ich auch drüber reden, aber ich möchte darüber reden, wer entscheidet darüber, was bleibt auch in nationaler Entscheidung - da ist mir der Bundestag lieber, wie ein Europäisches Parlament, was nichts zu sagen hat - wer hat die Kontrolle in solchen Prozessen und letztendlich wer verdient dran? Und wenn man die Frage ausblendet, dann können wir alle fantastisch über Absichten reden. Absichten hat jeder die besten, meine Kolleginnen und Kollegen im Parlament und vor allem Dingen der anderen Fraktionen. Ich möchte auch über Interessen reden, weil man dann beim materiellen Kern der Auseinandersetzung ist und das braucht man in solchen Debatten. Und dann muss man eben aushalten, auch in Europa, dass die Meinungen da sehr schraff aufeinander treffen werden. Ich lese derzeitig de Gaulle. Das habe ich meinem französischen Kommunisten gerade empfohlen, mal wieder de Gaulle zu lesen. Ich weiß, dass es linke Gaullisten gibt, die höchst interessante Initiativen, auch zu diesen Auseinandersetzungen - Nation oder Europa - mit einzubringen haben. Ich glaube, das wird eine gewissen Nostalgie für die Gaullisten geben, wenn ich das sagen darf. Danke sehr.

**Der Vorsitzende:** Danke. Ich sehen im Moment keine weiteren Wortmeldungen - noch eine von Herrn Gloser -, und dann würden wir zur der abschließenden Beantwortung kommen. Herr Ströbele noch. Und ich warne schon mal vor, wir machen es dann in umgekehrter Reihenfolge, damit wir hier auch ein bisschen Abwechslung reinbringen. Bitte schön, Herr Gloser. Herr Gloser ist Mitglied der SPD-Fraktion.

**Abg. Günter Gloser (SPD):** Vielen Dank. Gleich zwei Fragen. Frau Guérot, glaube ich, Sie waren es. Sie haben mir ja die beiden wichtigen Akteure auf der europäischen Ebene besprochen, den Kommissionspräsident und auch die Hohe Beauftragte der Außenpolitik, dass sie eine sehr passive Rolle spielen. Meine Frage, einfach zur Bewertung auch noch: Ist es möglicherweise aber auch noch von den 27 Mitgliedstaaten gewünscht, dass sie so eine passive Rolle spielen? Und die zweite Frage ist - ich glaube, Herr Mölling war es oder auch Sie, Frau Guérot, die gesagt haben -, wir haben auf der europäischen Ebene noch 27 Verteidigungsminister, 27 Beschaffungsindustrien usw. Also eine sehr klare Ansage im Hinblick auf die Verteidigung. Haben Sie eine ähnliche Anmerkung oder Bewertung, vielleicht noch mögliche weitergehende Konsequenzen für die jeweiligen nationalen Auswärtigen Ämter oder Dienste oder Außenministerien?

**Der Vorsitzende:** Herr Ströbele. Herr Ströbele ist Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe im Anschluss an die Diskussion und die immer wieder sehr wohlfeile Forderung – das Europäische Parlament soll doch eine ähnliche Befugnis bekommen wie der Deutsche Bundestag – die Frage: Wie ist denn eigentlich die Konkurrenz dann zwischen dem Deutschen Bundestag, möglicherweise auch anderen europäischen Parlamenten, und dem Europäischen Parlament? Und nehmen wir mal an, ein Parlament auf Länderebene, also auf Staatenebene, sagt Nein und das Europäische Parlament will Ja. Also, da sind ja viele Konsultationen denkbar, wie das geregelt werden soll. Das heißt, die Frage ist doch zunächst einmal: Sollte man anstreben, dass hier Regelungen, die wir in Deutschland haben, sehr stringent und die so eigentlichen nur in wenigen anderen europäischen Staaten sind, dass diese Regelungen vielleicht zunächst erst mal in Europa sich weitverbreiten, also auch andere europäische Staaten bekommen, auch in Frankreich und dann sehen, wie wir das mit dem Europäischen Parlament möglicherweise regeln?

**Der Vorsitzende:** So, jetzt zum Abschluss noch mal Frau Dagdelen.

**Abg. Sevim Dagdelen (DIE LINKE.):** Ja, ich möchte anhand des aktuellen Beispiels Mali noch mal von Herrn Wagner vielleicht eine Bewertung, Einschätzung, ob das ein Beispiel von Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik ist. Ich meine, vorgestern wurde das auf EU-Ebene beschlossen. Stichwort Handlungsfähigkeit, um die schneller zu erreichen. Wir haben das heute schon im Parlament im Deutschen Bundestag, wir werden gleich darüber debattieren, über die zwei Anträge der Bundesregierung. Und insofern würde ich schon gerne die Einschätzung, die Bewertung wissen, wie das funktioniert, ob das ein Beispiel dieser [...] ist und wie das vor allen Dingen funktioniert. Also, ein Land prescht vor – Frankreich -, dann die anderen gehen nach und es gab ja lange vorher schon die Debatten über EUTM, also die European Union Training Mission Somalia, gab es ja schon vorher auf EU-Ebene. Das würde mich auch noch mal interessieren, wie Sie das eigentlich sehen.

**Der Vorsitzende:** Ja, Herr Wagner, fangen Sie bitte gleich an.

**Jürgen Wagner:** Okay, ich will vielleicht nochmal anfangen, kurz ein paar Aspekte zur Parlamentsbeteiligung zusammenzutragen. Das Rückrufrecht ist natürlich ein Witz, wenn Soldaten irgendwo in einem Land kämpfen werden, die nicht mehr rausgezogen werden. Das ist undenkbar. Das kann ich mir nicht vorstellen, wie das vonstatten gehen soll. Deswegen ist es im Prinzip ein Deckmantel.

Was mir wichtig erscheint, was mir zu wenig zur Sprache kommt, ist die Funktion, weil immer eigentlich aus Expertenkreisen angemahnt wird, es entsteht zu wenig Debatte um deutsche Sicherheitspolitik usw. Die Funktion des Parlamentsvorbehalts ist ja genau auch das, dass es immer ein Kristallisationspunkt ist, wo ein bisschen öffentlich debattiert wird, um die Frage von Außen- und Sicherheitspolitik. Das jetzt einfach so sukzessive aus der öffentlichen Debatte auch noch rauszunehmen, wird das, was immer angemahnt wird, sicherlich nicht verbessern.

Zu einigen der Fragen von Herrn Kiesewetter: Ja, man muss die Sicherung der Energieversorgung gewährleisten, das ist eben ja jetzt die Frage. Wie? Mir fehlt eben die Debatte, mit welchen Mitteln man das tut. Da wird von einigen Seiten ganz offen gesagt,

natürlich müssen wir das militärisch tun. Andere sagen, wir müssen es nicht tun. Sie haben das nicht gesagt. Aber wir wissen es nicht, wir wissen aber, dass es Einsätze gibt, die intern, wie ATALANTA-Einsatz, explizit damit legitimiert werden. Wenn aber ein Bundespräsident sich mit diesen gleichen Argumentation öffentlich hinstellt, dann kriegt er enormen Druck. Also, wir haben hier Scheindebatten ohne Ende, die m.E. wirklich geklärt werden müssen. Was Sie eben anmahnen, es braucht eine Frage der Aufarbeitung, der Interessen, auch im Rahmen einer Europäischen Sicherheitspolitik, was Sie auch darstellen. Denn nur darum kann ich auch debattieren. Und es braucht tatsächlich die Frage der Räumlichkeit. Also, wenn ich jetzt aus dem EU-eigenen Institut für Sicherheitsstudien die ersten Analysen höre, dass die Europäische Union ihre militärische-maritime Präsenz in Ostasien ausbauen muss, wegen Pivot, dann wird es mir Angst und Bange. Muss ich wirklich sagen. Das ist noch keine Mehrheitsmeinung, aber im Prinzip hier über solche geographischen Reichweiten zu diskutieren, ohne dass überhaupt die Entscheidung klar wäre, dass man militärische Ordnungsmacht, was nicht meine Position ist, aber im Nachbarschaftsraum sein möchte. Da gehen doch einige Diskussionen sehr, sehr verquer und ich glaube, auch weit an der öffentlichen Meinung vorbei.

Was Sie noch sagen: Man müsse nachdenken, die strukturelle Zusammenarbeit vielleicht auf die GASP anzuwenden. Da würde ich sehr davor warnen. Es gibt ja Gründe, warum sie im Militärbereich noch nicht angewendet wurde, nämlich weil viele Länder wirklich Sorgen haben, von relevanten Entscheidungen ausgeschlossen zu werden. Das ist ja zum Teil angelegt in den neuen EU-Verträgen, dass Mehrheitsprinzipien dann eingeführt werden etc. pp. Also eine Erweiterung des Instruments der verstärkten Zusammenarbeit existiert ja eigentlich schon. Schlussendlich die Frage der Rolle der Türkei. Wenn Sie selber sagen, es ist eine Scheindiskussion, über eine Aufnahme zu debattieren, dann brauchen Sie nicht andere Angebote an die Türkei derzeit zu machen. Ohne ein ernsthaftes Angebot einer Aufnahme der Türkei wird es für die Türkei zunehmend an Attraktivität verlieren, in irgendwelche Gremien eingebunden zu werden. Und eine Aufnahme halte ich vor allen deswegen einfach für strategisch, nicht im Interesse der meisten Mitgliedsstaaten, weil dadurch dass der demographische Faktor im Lissabon-Vertrag so stark betont worden ist, hätte die Türkei bei einer Aufnahme am meisten Stimmen. Und ich glaube, das ist der eigentliche Grund, warum das nicht auf der Tagesordnung steht. Die Drohung der Türkei, sich der Schanghai-Vertragsorganisation anzunähern, die ist ein Ergebnis dieser mangelnden Mitgliedsperspektive. Da werden auch Deckmäntelchen wie eine Teilassoziierung nichts helfen, glaube ich. Zur Frage der wirtschaftlichen Ausrichtung der technischen Industrie wollte ich nur noch sagen, dass es ja interessant ist, dass der BDSV (Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie) in Deutschland jetzt eine große Studie herausgebracht hat über den angeblichen Beschäftigungswert. Wenn man da aber auf den rüstungspolitischen Kern schaut, wie wichtig das für den deutschen Arbeitsmarkt ist, dann ist eigentlich der militärische Rüstungsbereich verschwindend gering. Also, das Argument, das wichtig wäre für die Rüstungsindustrie. Die Rüstungsindustrie für den Arbeitsmarkt ist sehr, sehr fragwürdig. Es geht dann tatsächlich eher wohl um die Profite, muss man da wohl sagen. Wo ich zustimme, ist von Frau Zapf die Frage, dass wir es am Ende mit einer völlig wirren Bedrohungsanalyse - habe ich selber schon gesagt - zu tun haben, wo nicht klar ist, mit was man wie einsetzt. Wo ich Ihnen nicht zustimmen würde, ist, dass Fälle wie Syrien, Mali oder Libyen jetzt kleine Interventionen wären, auf die man sich konzentrieren muss. Man muss sich schon, glaube ich, sehr wohl überlegen, ob das militärische Interventionen sind, die man auf Dauer durchführen will. Ich bitte nur zu bedenken, was in Libyen geschieht. Es redet niemand mehr über Libyen. Es schreibt niemand mehr über Libyen.

Aber es ist ein absolutes Drama, was in diesem Land passiert. Es ist ja nicht so, dass das irgendetwas geholfen hätte. Also, ob wirklich das militärische Instrument jetzt mal völlig wertfrei das taugliche ist, um in einem Land nachhaltige Stabilität zu bringen, das ist eine Debatte, die einfach geführt werden muss, und ich glaube, man verweigert diese. Na, schauen Sie doch mal: Es sterben tagtäglich enorm viele Leute dort. Ich will überhaupt nicht [.....] Ich werde sofort als Gaddafi-Befürworter dargestellt von Ihnen, wenn ich sage, aber diese Intervention hat unglaubliches Leid verursacht. Dann würde ich sagen, okay, Sie sind für jeden Toten, der da jetzt stirbt. Das ist doch genauso unfair, wie Sie argumentieren. Also ich würde davor warnen: Man überschätzt die Fähigkeit des Militärs, glaube ich, ungemein. Stabilität bringen zu können, das scheint mir ein wichtiger Punkt in der ganzen Sache.

Letzter Aspekt noch: Ist die Polizeiausbildung vielleicht die richtige Frage oder ein wesentlicher Konzentrationsfaktor? Zumindest in der jetzigen derzeitigen Form nicht, weil, was die europäischen Missionen hauptsächlich machen oder häufig machen, ist Paramilitärs aufzubauen. Also EUROPOL Afghanistan zum Beispiel, das sind ja keine Streifenpolizisten, die da hingestellt werden, sondern Teile eines Bürgerkrieges. Das war sicherlich nicht darauf, worauf sie abgezielt haben. Genau aber das ist sozusagen die Praxis. Derzeit zielt auch zum Beispiel die Kosovo Police Force, die mit EUDOX aufgebaut wird zum Teil etc. [.....] Das sind Paramilitärs und da muss man sich, glaube ich, darüber Gedanken machen, welche Form von Polizei [.....], bevor man da eine Antwort geben kann. Diese Paramilitärs sind sicherlich aus meiner Sicht nicht hilfreich. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Herr Mölling.

**Dr. Christian Mölling:** Vielen Dank. Parlamentsvorbehalt. Export wurde vorgeschlagen. Finde ich eine gute Idee. Ich finde auch, man sollte darüber nachdenken, ob man auch nicht was importieren kann, von anderen Parlamenten. 27 EU Mitgliedstaaten, 15 davon haben so etwas wie einen Parlamentsvorbehalt, wie wir das in Deutschland haben. Sieben haben sogar etwas, was ziemlich ähnlich dem deutschen Parlamentsvorbehalt ist. Warum guckt man nicht mal dahin, wie die das organisieren? Beispiel Niederlande. Die haben einen 30 Fragen\_Katalog. Wenn der abgearbeitet ist, weiß die Exekutive, dass das Mandat durchgeht. Das ist eine relativ klare Liste, die da erarbeitet worden ist. Vielleicht ist es was, was Deutschland sich auch angucken kann und wovon wir möglicherweise lernen können.

Zweiter Punkt, was ich mir aufgeschrieben habe, zum Thema Facts, Bundeswehr. Die Bundeswehr hat ihr so genanntes militärisches Level of Ambition oder Ambitionsniveau sehr wohl abgesenkt, von 14.000 auf 11.000 Soldaten. Das Gleiche hat Großbritannien gemacht. Von den 27 Mitgliedstaaten haben in den letzten vier Jahren neun abgesenkt, neun haben es gleich gelassen, neun wissen noch nicht, wie sie sich weiter entscheiden wollen. Also, da jetzt davon zu reden, wir rüsten auf, das ist ein bisschen schwierig, ehrlich gesagt. Rückholungen durch Parlamente oder durch Regierungen aus Einsätzen haben stattgefunden. Die Niederlande haben ihre Soldaten aus Afghanistan zurückgezogen. Frankreich hat seine Soldaten aus Afghanistan zurückgezogen. Natürlich ist das im Prinzip möglich. Dass das Verwerfung politischer Art mit sich bringt, haben wir gesehen. Aber man kann jetzt nicht sagen, dass das nicht möglich ist. Deswegen glaube ich schon, das man drüber reden darf und darüber nachdenken darf, was die Effekte dessen sind. Diese Battle Groups lasse ich jetzt mal weg.



Stichpunkt nochmal: Strategische Diskussionen in Deutschland. Frau Zapf hat es eben aufgebracht, und ich glaube, Sie hatten gleichzeitig gesagt, na ja, die Polen würden sich so und so positionieren und die Deutschen würden sich da zurückhalten. Ich glaube, das ist genau das Problem. Die Deutschen würden sich erneut zurückhalten in dieser Debatte. Ein 80 Millionen-Volk, wirtschaftlich das stärkste in Europa. Wir bestimmen, ob wir handeln oder nicht handeln, was in Europa passiert, und danach können wir nicht sagen, welche Interessen wir verfolgen. Deswegen gucken alle auf uns und sagen, was wollt ihr eigentlich machen. Ich glaube nicht, dass wir in so einer europäischen Debatte reingehen können - oder nicht, das wir sie anstoßen sollten -, ohne eine nationale Aussage dazu machen zu können, denn das Ergebnis wäre, glaube ich, fatal und wäre frustrierend für alle Beteiligten.

Zum Thema Türkei: Ich glaube, es wäre ein [.....] Aber ich glaube, dass man darüber noch nachdenken muss und auch sich über die Konsequenzen Gedanken machen sollte.

Frau Zapf hatte gesagt, na ja, wir können arbeitsteilig vorgehen. Ich will das noch mal aufgreifen. Wir machen das schon. Wir gehen seit 20 Jahren arbeitsteilig vor. Das Einzige, was sich ändert, ist, dass es in der Zukunft mehr wird, weil alle Einzelnen weniger können. Wenn wir in Zukunft noch irgendetwas machen wollen, müssen wir es gemeinsam machen. Deswegen, wenn wir einfach diese Arbeitsteilung besser organisieren müssen, und das kommt zurück zur Frage des Parlamentsvorbehaltes bzw. die Rolle des Parlamentes jenseits der Parlamentsbeteiligung, nämlich in der Vorbereitung. Und das ist nicht nur Organisation von Streitkräften, sondern auch in Fragen der Rüstungsvorbereitung, was übrigens auch einen zivilen Anteil hat, also diejenigen, die militärische Fahrzeuge herstellen, stellen auch Fahrzeuge für zivile Einsätze her. Da haben Parlamente sehr wohl eine Rolle in der Vergangenheit gespielt, die mal dazu geführt hat oder sehr oft dazu geführt hat, gerade in den Ländern, die eigene Rüstungsfirmen haben, dass das deutsche Steuergeld, das französische und das britische Steuergeld im eigenen Land bleiben soll. Das ist die Prämisse, heißt dann Just-Retour. Das ist etwas, worüber man, glaube ich, nachdenken darf, ob es dafür bessere Alternativen gibt.

Polizei, GSVP - Frau Hoff hatte das, glaube ich, gefragt. Ich glaube, dass das im Dunkeln Herr Wagner eben angedeutet hat oder nicht so richtig transparent wahrgenommen. Der Bereich der Europäischen Kommission „Justice and Home Affairs“ schon weit weiter ist, als die GSVP das ist, was Polizeiausbildung angeht [Anm.: markierter Text nicht eindeutig verständlich.] Also, ich habe mir das mal von einer Kollegin erzählen lassen, die in dem Bereich arbeitet. Was da an Polizeiausbildung, Border Control, läuft, das ist jenseits dessen, was wir [.....] Da ist GSVP dagegen. Ich fand auch noch mal den Einwurf von Herrn Gehrcke sehr gut, auf die Frage von Souveränität. Und ich sage mal, auf Demokratiedefizit zurückzukommen, finde ich absolut wichtig. Und Sie haben Recht, wir haben das hier zu wenig diskutiert. Ich glaube, dass das ein Kernbestandteil hier in der Debatte werden muss. Deswegen war es auch eine Idee, diese Debatte hier zu haben. Womit ich ein bisschen Probleme habe, ist, es mir einfach vorzustellen, wie eine direkte Beteiligung des Souveräns an Militäreinsätzen funktionieren soll. Also das ist gut gesagt, aber die Frage ist, wie wollen wir das organisieren, auch vor dem Hintergrund dessen, was Herr Ströbele vorhin gesagt hat, nämlich, wie ist es denn mit der Konkurrenz der Parlamente aussieht. Sie haben die Konkurrenz der Exekutiven, Sie haben auch die Konkurrenz der Legislativen und teilweise der Judikativen miteinander. Das ist genau die Debatte, von der ich am Anfang gesprochen habe. Das ist das, was wir debattieren

müssen. Wie sieht die Zukunft parlamentarischer Beteiligung unter diesen Bedingungen eigentlich aus? Wo immer alles eigentlich mehr und mehr verschränkt und wir immer noch merken, wir stoßen an unsere Grenzen. Die Frage ist, gehen wir mit der Prämisse rein, aber wir müssen mindestens das behalten, was wir jetzt schon haben. Ist das Souveränität oder ist Souveränität, effektive oder legitime Lösungen für die Bürger Europas zu garantieren? Es ist ein großes Wort, was ich nicht so gerne führe, aber das ist, glaube ich, der Punkt dabei. Und wenn Souveränität bedeutet, dass sie Lösungen anbieten, die weder legitim sind noch effektiv sind, dann hat der Souverän, wer auch immer das ist, versagt. Das ist relativ einfach auf den Punkt zu bringen. Danke.

**Der Vorsitzende:** Frau Ulrike Guérot.

**Dr. Ulrike Guérot:** Ja, also ich würde gerne auch erst mal zum Ausdruck bringen, dass ich mit der Analyse von Herrn Kiesewetter, wirtschaftliche Stabilität, Energieversorgung, als Aufgaben auch der GSVP übereinstimme. Was dafür sprechen würde, um auf den Fragekatalog zurückzukommen, dass die Neufassung der europäischen Sicherheitsstrategie bei allen Problemen mit Pandoras Büchse natürlich zumindestens angedacht werden sollte. Ich gehe auch mit Herrn Mölling einher, dass wir uns in das Risiko begeben, dass wir heute uneiniger sind als 2003 und aus verschiedenen Punkten, die ich in meinem Papier auch ausführe, vielleicht ein weniger gutes Papier schreiben, aber zumindestens zu sagen, wir können es auch als Chance begreifen, dann wäre jetzt die Zeit dafür, das ernsthaft zu machen. Und das bringt mich dazu, dass [...] Sie haben in Ihrer Einlassung gesagt: Das Problem scheint ja alleine darin zu bestehen, dass wir mit dem Begriff der Interessen, wenn wir von Europa kommen, nicht umgehen können. Wir führen immer die europäische Anspruchshaltung der Werte und die Werte, für die wir stehen, sehr gerne im Mund, aber das Realitätsdefizit zwischen den proklamierten europäischen Werten und dessen, was wir real bereit sind einzulösen, ist auch der Abfall zwischen europäischem Anspruch und nationaler Wirklichkeit, wo die Einlösungskapazität heute liegt. Und da mal ein bisschen ehrlicher hinzugucken und zu sagen, wir dürfen als Europäer auch das Wort der Interessen, sofern sie denn normativ gebunden sind, im Mund führen, würde zu mindestens die ehrlichere Debatte erlauben. Und natürlich dann eben auch eine Debatte, vor allen Dingen mit Blick auf die strategischer Kultur in Deutschland.

Ganz schnell zu dem Punkt der Schnelligkeit, den Herrn Kiesewetter hatte. Es scheint ja das Problem gewesen zu sein bei Mali, dass dieses Battle Core angedacht war; Polen, Frankreich, Deutschland und die Franzosen irgendwann gesagt haben: Nix Abstimmung. Zu aufwändig. Wir müssen es jetzt alleine machen. Insofern kann man ja sagen: Im Begriff der Nachsorgemacht wurde ja vielfach hervorgehoben, dass wir das auch bewusst zur deutschen Stärke machen. Die politische Antwort kann man ja geben, aber ich glaube, wir sind uns alle zumindest hier doch sehr einig, dass Deutschland im Erklärungsbedarf ist. Wenn das so sein soll, dass wir sagen, wir sind die Nachsorgemacht, dann müssen wir das in einem Sicherheitspapier erklären, das wir vorlegen. Es geht um den Erklärungsbedarf, noch bevor es um die Antworten geht, die Deutschland und damit dieses Parlament oder dieser Ausschuss geben möchte.

Ständig strukturierte Zusammenarbeit soll man das Ausbauen? Natürlich wäre sehr wünschenswert. Türkei: Ich wäre auch für Überwindung von Berlin Plus und den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben. Ich weiß nicht genau, welchen Druck man ausüben könnte auf Türkei, Zypern, aber auch das wieder zu aktualisieren, als Thema im Moment, wäre sicherlich sehr wünschenswert.

Frau Zapf: Stagnation. Ganz genau ist es das Problem. Und unter welchen Bedingungen wir dieses Pooling und Sharing machen können, bringt mich noch mal zu dem Gesamtkomplex Parlamentsvorbehalt oder Parlamentsbeteiligungsgesetz. Es geht dann jetzt auch als Antwort an Herrn Ströbele und Frau Hoff. Es geht ja nicht darum - und das habe ich, glaube ich, um einherzugehen mit der differenzierten Analyse von Herrn Schmidt -, es geht ja nicht um Europäisierung ohne Demokratisierung zu machen. Ich glaube, das habe auch ich mehrfach unterstrichen. Die Frage ist dann tatsächlich - und da geht dann auch mein Blick in DIE LINKE. -: Wo ist der Souverän? Und diese Frage haben wir in Europa nicht nur im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Moment nicht klar beantwortet bzw. wir sind in einer Grauzone. Und das möchte ich noch mal sagen, wo es nicht nur bei der GSVP so ist, sondern auch beim ESM und im Grunde allen Strukturen, wo es im Moment darum geht, dass wir nach nationaler Souveränität organisieren. Und wir stoßen uns im Moment an Begrifflichkeiten, also Solidarität militärischer Art, Solidarität Finanztransfer, technischer Art usw. Wir stoßen uns an Begriffen von Souveränität, von Territorium, aber auch von Macht, die offensichtlich für das 21. Jahrhundert so nicht mehr zu passen scheinen, ohne das wir Antworten darauf hätten, wie wir diese Begriffe so neu fassen und so neu auch institutionell organisieren, dass sie wieder passen könnten. Und das hat wiederum auch viel damit zu tun, was Herr Mölling gesagt hat, dass es hier um funktionale Politikorganisation geht, wenn wir uns diese Themen angucken.

Drohungsanalyse, ganz kurzer Satz dazu, würde auch sprechen für eine Europäische Sicherheitsstrategie. Und wenn Sie sagen, Cyber my Creation, auch die Finanzkrise als Sicherheitsproblem für die Welt könnte ja eingepreist werden und müsste dann damit gedacht werden, stößt wieder an die Begrifflichkeit, der man sich zuwenden sollte.

Zu Afrika, Europa-Afrika. Frau Hoff, genau, da bin ich auch dabei, dass wahrscheinlich der Prozess des Abfassens von strategischen Interessen oder auch eben das Draften eines deutschen Dokuments zumindest klarstellen würde, worum es hier geht. Wir haben auch mit Blick auf Afrika noch nicht verschiedene Stränge von Handlungspolitik, von Migrationspolitik, von Sicherheitspolitik zusammengeführt, ganz egal, ob wir uns jetzt solche Sachen von Lampedusa angucken, ganz egal, ob wir uns solche Sachen angucken wie Perversionseffekte europäischer Landwirtschaftspolitik, wenn wir da hinkämen auf Nordafrika, auf den nordafrikanischen Raum, wenn wir da hinkämen, das ein bisschen mehr zusammen zu denken. Und ich denke, das ist der Prozess, in den wir uns begeben sollten; das würde auch das dafür sprechen, dass wir uns an die Neufassung eines neuen Dokumentes wagen und ansonsten, um ein bisschen vielleicht auch pathetisch zu enden.

Neue Weltordnung: Klar. Ich meine, das ist ja sozusagen seit 2.000 Jahren Menschheitsthema. Ich will das gar nicht lapidar sagen, wenn man sich die augenblickliche Diskussion anguckt von so Leuten wie Danny Rodnick, das Globalisierungsparadox oder eben auch, zum Beispiel, die Einlassung von dem deutschen Philosophen Jürgen Habermas, dann sind wir jetzt an der Nahtstelle zum 21. Jahrhundert tatsächlich dabei, das internationale System und Europas Rolle in diesem internationalen System neu zu organisieren und überhaupt erfassen zu müssen. Ich glaube, wenn wir diese Diskussion so führen, haben wir auch mit Blick auf die Bürger und welche Rolle die Bürger da haben, eine neue Chance, diese Diskussion zu führen, wenn wir sie so aus einer nationalen Warte führen, da bin ich ganz bei Herrn Mölling. Was müssen wir aufgeben usw. [.....] haben wir wahrscheinlich keine Chance. Insofern würde ich auch dafür plädieren, dass

wir diese Diskussion nach vorne geführt öffnen in das, worum es geht. Und es geht darum tatsächlich, ob wir Europa ernst meinen und jetzt machen. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Guérot. Frau Arnould, bitte schön.

**Claude-France Arnould<sup>3</sup>:** Um nochmals mit der Frage nach den Interessen der Europäischen Union zu beginnen, und sowohl diese Interessen als auch die geographischen Räume und die Prioritäten, die wir uns setzen, zu definieren: Ich habe eben gesagt, dass ich es für gefährlich halte, dass die Entwicklung einer neuen Strategie zur Voraussetzung für Handeln gemacht wird. Ich habe dem, was vorhin gesagt wurde, nichts hinzuzufügen. Ich glaube tatsächlich, dass wir damit nicht nur möglicherweise die Büchse der Pandora öffnen würden, sondern dass wir damit zeigen würden, dass wir nicht unbedingt in der Lage sind, das umzusetzen, was wir uns vor zehn Jahren vorgenommen hatten. Ich glaube auch, dies ist nicht der geeignete Zeitpunkt, um zu sagen: Also wenn wir nicht in der Lage dazu sind, dann sagen wir doch einfach, dass wir es nicht tun werden. Ich denke, es liegt eine große Gefahr darin, zu sagen: Das liegt nicht in unserem Interesse, und das liegt nicht in unserem geographischen Einsatzgebiet, das ist keine Region, in der ein Einsatz geplant wäre. Denn man sendet damit wirklich ein sehr starkes Signal aus, wenn man sagt, dass es an einem Ort nie einen Einsatz geben wird. Und dies kann dann eine verpasste Chance sein, die Region zu befrieden – da kann man nun der Ansicht sein, [.....] es war gut oder schlecht, auf jeden Fall war es nicht schlecht. Und es gibt Menschen, die leben in Frieden, weil wir diese Chance von sehr, sehr, sehr, sehr weit her genutzt haben.

Es kann Fälle geben, in denen europäische Bürger sich in großen Schwierigkeiten befinden, sehr, sehr weit entfernt, und ich glaube, in politischer Hinsicht besteht eine sehr dringende Notwendigkeit, vor Ort einzugreifen. Das bedeutet für diejenigen, die an der Entwicklung von Fähigkeiten arbeiten, auch, dass sie sich darauf vorbereiten müssen, handlungsfähig zu sein, und zwar rasch und an sehr weit entfernten Orten, weil andere oder unsere eigenen Staatsangehörigen sich in einer humanitären Notlage befinden. Und dann braucht man Fähigkeiten. Wenn ich noch etwas zu der Frage nach der deutschen Souveränität als solcher anmerken dürfte, d.h., wir wollen nicht schnell sein, wir wollen nachhaltig agieren. Und ich möchte nur noch folgendes hinzufügen: Aus der Sicht Brüssels, wo andere Mitgliedstaaten und andere Partner präsent sind, ist Deutschland eines der größten Länder Europas mit einem der größten wirtschaftlichen Potentiale. Daran zweifelt niemand, besonders hier nicht. Wer wird das tun, was schnell getan werden muss? Die Vereinigten Staaten? Ja. Sie haben dies in den letzten Jahrzehnten immer getan. Die Botschaft ist eindeutig: Rechnet nicht immer mit uns, um die Arbeit an eurer Stelle zu erledigen. Und ich zitiere: „Eine kleine Angelegenheit wie Libyen“ – und das gefällt den Leuten, die in Libyen waren, nicht immer –, „eine kleine Angelegenheit wie Libyen müsstet ihr schon alleine in den Griff bekommen.“ Ich glaube Ulrike sprach von Unabhängigkeit, Autonomie, dem passenden deutschen Begriff. Das ist ein Begriff, den die Amerikaner jetzt ganz deutlich unterstreichen. Also nicht die Vereinigten Staaten. Und im Übrigen sagen die Kollegen im Pentagon Folgendes: Wenn ihr nicht in der Lage seid, diese Dinge allein zu tun, dann wird es schwierig für uns werden, die Unterstützung des Kongresses für das zu bekommen, was wir mit euch gemeinsam tun müssen, insbesondere in Bezug auf Artikel 5.“ Dies ist wirklich eine ernste Angelegenheit, die Tatsache, dass wir in der Lage sein müssen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, schnell und gut, und in unserer Nähe.

---

<sup>3</sup> Übersetzung wurde angefertigt von WI 1.

Wenn es also nicht die Vereinigten Staaten sind, sind es dann die kleinen Länder der Europäischen Union? Eines möchte ich betonen: Die äußerst erfreuliche Überraschung im Zusammenhang mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist die enorme Verantwortung, die enormen Bemühungen, welche die kleinen Länder unternommen haben. Die Österreicher im Tschad, die Polen sind ein großes Land, aber überall Polen. Die nordischen Staaten, welche die Battle Groups sehr ernst genommen haben und – wenn ich das sagen darf – die im Übrigen auch Überlegungen über die parlamentarischen Modalitäten hinsichtlich des Einsatzes der Battle Groups angestellt haben und Entscheidungen über die Reformierung ihrer Armeen im Hinblick auf die Battle Groups getroffen haben. Und die Visegrad-Staaten, die dies jetzt tun wollen. Wir sehen also, dass die kleinen Staaten enorme Anstrengungen unternehmen. Aber können sie auch innerhalb von 15 Tagen an einem schwierigen Einsatzort sein? Nein. Sie brauchen nachrichtendienstliche Fähigkeiten, Überwachungs- und Aufklärungsfähigkeiten. Sie brauchen die Fähigkeit zur Truppenlandung und zur taktischen Mobilität. Sie brauchen die Fähigkeit zur Luftbetankung, die Fähigkeit zum möglichen Kampfeinsatz bei einer schwierigen Lage vor Ort und die Fähigkeit zur Präzision im Rahmen fremder Kampfeinsätze. Dies können die kleinen Länder auch nicht leisten. Das soll jetzt nicht so verstanden werden, als sollten hier nur zwei Mitgliedstaaten, z.B. Briten und Franzosen, beteiligt sein. Dies ist nicht unbedingt eine vernünftige Vision. Somit haben wir hier ein Problem. Wenn Sie also so wollen, so brauchen wir, aus Brüsseler Sicht, die Deutschen.

Und nun zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Hier besteht auch ein Zusammenhang mit dem, was ich eben sagte. Die Erwartung an die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit war, die Großen, die großen Länder, machen das. Und dies ermöglicht den kleinen Ländern, mitzumachen und dabei zu sein. Also ich bin dafür, das gesamte Potential des Vertrags, das enorm ist, voll auszuschöpfen. Enorm auch für die Europäische Verteidigungsagentur. Aber man kann die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit nicht einführen, wenn man nicht weiß, welchen Beitrag Deutschland, das Vereinigte Königreich - Italien und Spanien sind in einer schwierigen Situation - bereit sind, zu leisten. Meiner Ansicht nach und aus Brüsseler Sicht ist es so, dass, wenn man die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit einführen will, es wirklich so sein muss, dass die Kernstaaten, die mehr können und von denen man auch erwartet, dass sie mehr wollen, die anderen Staaten mit einbinden können. Ich glaube, das ist absolut notwendig.

Zur Türkei: Hier gibt es einerseits ein politisches Problem, es gibt die Lage auf Zypern. Schließlich war es eine Entscheidung der Staats- und Regierungschefs, Zypern in die Europäische Union aufzunehmen. Ein souveränes Recht der Staats- und Regierungschefs. Und andererseits gibt es kein Abkommen, keine Verwaltungsvereinbarung zwischen der Europäischen Verteidigungsagentur und der Türkei. Dies ist ein administratives Problem, das zu einem politischen Problem geworden ist, insbesondere als der NATO-Generalsekretär ein aus vier Teilen bestehendes Gesamtpaket geschnürt hat. Er hat dieses Gesamtpaket also geschnürt, er hat es vorgeschlagen und bisher haben die Türken das Paket abgelehnt. Somit muss die Europäische Union sich nicht äußern, weil es auf Seiten der NATO eben diese Blockadehaltung der Türkei gibt. Was ich eigentlich damit sagen wollte, ist, dass praktisch eine sehr hohe Bereitschaft - ich würde sogar sagen – aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union besteht, informelle Gespräche mit den Türken zu führen. Ich nenne einmal das Beispiel des Einheitlichen Europäischen Himmels. Ich hatte die Erlaubnis, die Türkei in die Agentur einzuladen, um über die militärischen Folgen des Einheitlichen Europäischen Himmels zu sprechen. Vor dem Hintergrund der Krisen in der Vergangenheit, als ich noch in der CNPD tätig war, haben

wir stets versucht – und dies wurde auch gemacht, wenn ich mir erlauben darf, für Helga Schmidt zu sprechen -, immer dann einen Dialog mit der Türkei zu führen, wenn es sich um eine Krise handelte, zu deren Lösung die Türkei offensichtlich einen Beitrag leisten konnte. Wenn man also etwas Pragmatisches unternehmen kann, so denke ich, sollte man dies wirklich tun, in der Hoffnung, dass der Gordische Knoten gelöst wird.

Ganz kurz zur NATO und zur Europäischen Union - aber diesmal wurden mir mehrere Fragen zu diesem Thema gestellt. Das ist eine immer wieder gestellte Frage. Ich glaube, auch hier gibt es eine ganz pragmatische Antwort. Ich denke, dass wir die NATO brauchen und dass wir die Europäische Union brauchen. Ich denke auch, dass in dieser Hinsicht keine Zweifel bestehen. Der große Mehrwert des Handelns im Rahmen der NATO ist, dass man in einem transatlantischen Verbund handelt, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, Kanada, mit allen Verbündeten. Und dies ist auch in einer ganzen Reihe von Handlungsbereichen, Krisen und sogar hinsichtlich bestimmter Fähigkeiten notwendig. Wenn wir im Rahmen der Europäischen Union handeln, haben wir andere Möglichkeiten, weil die Synergien andere sind. Und es gibt eben diesen Comprehensive Approach in Bezug auf alle Instrumente zur Krisenprävention, zivilen Krisenbegleitung und Krisenbetreuung. Und außerdem ist der Footprint – entschuldigen Sie, ich kenne weder den französischen noch den deutschen Ausdruck dafür –, also das, was sichtbar ist, weniger Allianz, weniger NATO, weniger Westerner, es ist in gewisser Weise neutraler. Da ist also die Europäische Union mit ihren Instrumenten und einer Art Neutralität und mit dieser starken Einbeziehung der Vereinten Nationen. Ich glaube, es liegt in unserem Interesse, auf beides zu setzen. Und was die Akteure auf beiden Seiten tun müssen, d.h. zugleich auch die institutionellen Akteure wie die Europäische Verteidigungsagentur, ist, zusammenzuarbeiten. Ich muss sagen, dass wir im Bereich der Fähigkeiten in ständiger Zusammenarbeit mit der NATO stehen, insbesondere mit dem Alliierten Transformationskommando (ACT), und dies hat uns eine Abgrenzung dessen, was wir tun, und sogar eine Komplementarität ermöglicht. Ich glaube allerdings, dass es zunächst bei den Mitgliedstaaten liegt, dafür zu sorgen, dass ihr Engagement auf beiden Seiten eine gewisse Kohärenz aufweist und dass sie sich nicht ausschließlich auf einer Seite engagieren, damit sie dies auf der anderen Seite nicht tun müssen.

Jetzt zum Thema Industrie. Wenn man manchmal von Souveränität spricht – und erlauben Sie mir, das jetzt einmal so zu sagen -, denkt man dabei nicht an den Bundestag. Man denkt daran, seine Industrie zu schützen. Ich glaube, dass dies ein sehr wichtiger Punkt ist, den man realistisch sehen muss. Das, was unsere Mitgliedstaaten – und so scheint es mir aus der Warte der Europäischen Verteidigungsagentur – legitimerweise schützen können, ist ihre Versorgungssicherheit. Und in gewisser Weise wäre es ideal, wenn die europäische Versorgungssicherheit eine feststehende Größe würde, damit wir uns gegenseitig vertrauen können. Daran sind allerdings viele Bedingungen geknüpft. Trotzdem müssten wir es schaffen, die Europäische Versorgungssicherheit zu einer feststehenden Größe zu machen. Dies wäre meiner Ansicht nach wirklich legitim. Und wir müssen auch weiterhin einige Schlüsseltechnologien beherrschen oder über einige Materialien von grundlegender Bedeutung zur Wahrung unserer zivilen und militärischen technologischen Unabhängigkeit verfügen. Beides ist natürlich eng miteinander verknüpft. Und im Übrigen hoffe ich sehr, dass diese Zusammenarbeit unsere Industrien stärker zusammenwachsen lässt, damit wir die besten Truppen, die beste Ausrüstung für unsere Truppen, die besten Preise für unsere Mitgliedsländer verwirklichen können und es gleichzeitig vor diesem Hintergrund zu einer echten Zusammenarbeit kommt. Und die Erwartungen der Industrie - ich persönlich finde, dass die Industrie uns potentiell sehr stark bei dem unterstützt, was wir tun -: Dass wir wirklich in der Lage sind [.....] Ich zitiere

einen der deutschen Chief Executive Officers: „[...]“. Wir müssen dafür sorgen, dass wir wirklich in der Lage sind, die Bedürfnisse zu harmonisieren, und dass die Industrie klare Arbeitsgrundlagen hat.

Der Einsatzort erfordert mehr Zeit. Es erfordert mehr Zeit, sich an den Einsatzort zu begeben, als eine Entscheidung zu treffen. Wenn ich mir erlauben darf, hier auch unter Bezugnahme auf frühere Tätigkeiten zu sprechen - ideal ist es, wenn ein Mitgliedstaat in der Lage ist, wenn die NATO mehr oder weniger, ohne es zu sagen, in der Lage ist, bereits früh planen zu können, damit, wenn die Entscheidung dann fällt, immerhin bereits eine gewisse Handlungsfähigkeit besteht. Ich weiß, das wirft große Probleme im Hinblick auf die demokratische Legitimität auf, aber man muss sich schließlich für den Fall bereit halten, dass die Entscheidung für einen Einsatz fällt, und es darf bis dahin nicht alles stillstehen, wenn ich das mal so sagen darf. Erst recht nicht, wenn man kein Hauptquartier hat. Wenn in der Erwartung einer Entscheidung alles stillsteht und man, nachdem die Entscheidung getroffen ist, erst mit der Arbeit beginnt. Und wenn man dann Übergriffen ein Ende machen will, wenn man eine Situation beenden will, und zwar schnell, denn manchmal geht es einfach darum, Massaker zu beenden, dann kommt man um Wochen zu spät und kann erst nach den Massakern handeln. Man kann dann nur noch Medikamente schicken, nachdem die Menschen Opfer von Massakern geworden sind oder bereits vergewaltigt wurden usw.

Erweiterung der Vorrechte der Parlamente. Dazu möchte ich noch einmal Folgendes sagen: Gibt es eine Tendenz in Europa, die Vorrechte der Parlamente zu erweitern? In gewisser Weise ja. Und Sie haben von der Diskussion in Paris gesprochen, von den Entwicklungen in Frankreich. In einigen Mitgliedstaaten – dies möchte ich noch einmal betonen – bemüht man sich um Modalitäten zur Beschleunigung des parlamentarischen Prozesses oder zur Vereinfachung des parlamentarischen Prozesses, wenn man sich beispielsweise in einer Battle Group engagiert hat oder in einer multinationalen Einheit. Ein letzter Punkt noch [...] Nein, Entschuldigung, nicht ganz.

Osteuropa. Ja, es ist meiner Auffassung nach von grundlegender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union das Gefühl haben, dass wir alle Interessen der Europäischen Union verteidigen. Es ist nur manchmal sehr schwierig, zu handeln, schwieriger, direkt zu handeln. Dies kann im zivilen Bereich, im Zuge der Nachbarschaftspolitik oder der Erweiterung geschehen. Im Rahmen des Krisenmanagements gibt es offenkundige Schwierigkeiten, bei einigen festgefahrenen Konflikten zu intervenieren. Und man darf diese Konflikte nicht verschärfen, sondern muss sie stabilisieren. Ich glaube, Georgien ist hier ein sehr gutes Beispiel, denn die Länder Mittel- und Osteuropas der Europäischen Union sind sich bewusst geworden, dass die Europäische Union intervenieren konnte, und zwar sehr wirkungsvoll, dort, wo eine Intervention einer militärischen Allianz wie der NATO nicht möglich gewesen wäre. Und dies war für mich eine der bedeutendsten Erfahrungen, die auch die Denkweise einiger unserer neuen Mitgliedstaaten sehr stark verändert hat.

Vielleicht noch etwas zu – wenn ich mir erlauben darf – zu [...] Aber ich möchte die Frage „Wer verdient Geld in der Verteidigungsindustrie?“ nicht unter den Tisch fallen lassen. Und ich erinnere mich an eine Bemerkungen, die gemacht wurde: Diese Frau arbeitet für die militärisch-industrielle Lobby. Nein. Ich glaube, diese Frage ist für mich ganz einfach zu beantworten. Gibt es eine Bedrohung? Ja. Gibt es eine Gefahr? Ja. Müssen wir uns verteidigen? Ja. Und wenn ja, müssen wir die Fähigkeiten dafür haben und eine Industrie dafür? Die Antwort ist ja, natürlich gibt es eine Industrie, die Geld mit

Rüstung verdient. Was wir erreichen müssen, ist, dass sie Geld verdient unter Bedingungen. Und dieses Geld, davon hängen Arbeitsplätze ab, es bedeutet Innovation, es ist ein Wachstumsmotor. Allerdings müssen bestimmte Regeln und ethische Gesichtspunkte respektiert werden. Aber nicht nur die Rüstungsindustrie respektiert ethische Gesichtspunkte und bestimmte Verfahrensweisen nicht. Man kann dies jeden Tag beobachten. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Jetzt bitte Herr Annen.

**Niels Annen:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will eine Bemerkung machen zu den Anmerkungen von Herrn Kieseewetter. Ich glaube, dass man sich auch als deutsches Parlament gut überlegen muss - und ich hab das nicht als Vorschlag, sondern nur als eine Darstellung von Optionen verstanden -, ob man sich wirklich auf eine Form der Nachsorge macht, selber reduzieren möchte, nicht weil die Nachsorge nicht wichtig ist - da bin ich auch ganz bei dem, was Frau Hoff gesagt hat -, sondern, weil man sich klar machen muss, dass unsere Verbündeten, wenn das die erklärte Politik dieses Landes wird, darauf sich einstellen zu müssen, und dass man das, was wir, glaube ich, miteinander ja beklagen, in Kauf nimmt, nämlich, dass andere für einen entscheiden. Und darüber muss man sehr genau nachdenken. Der Mangel an strategischer Klarheit der deutschen Politik führt auch heute schon dazu, dass wir [.....] und Mali finde ich, ist durchaus ein Beispiel - auch wenn ich die Entscheidungen richtig finde, die dort jetzt getroffen worden sind, letztlich eine Entscheidung, die andere treffen, in diesem Fall die Französische Republik getroffen hat, nachvollziehen. Und dort in der Tat dann, in einer unterstützenden, möglicherweise auch irgendwann in einer - ich greife den Begriff auf - „nachsorgenden Rolle“ dann eine Rolle spielen. Das finde ich, wird unserer Verantwortung in der Tat nicht gerecht.

Ich möchte einen zweiten Punkt aufgreifen, Herr Kieseewetter, den Sie angesprochen haben und der in der Diskussion eine Rolle gespielt hat. Europäische Sicherheitsstrategie anpassen. Ich glaube, wenn man die Frage so beantwortet, wie sie beispielsweise im Rahmen der Erarbeitung des neuen NATO-strategischem Konzeptes beantwortet worden ist, nämlich mit dem expliziten Versuch, wie das Frau Albright gemacht hat mit dieser Group of Experts, einen möglichst großen Teil der - auf norddeutsch sagt man, glaube ich, „State Folder“ - einzubeziehen, inklusive der Zivilgesellschaft, Experten, Wissenschaft, Parlamente und Politik, dann ist möglicherweise am Ende das Dokument auch wichtig, aber der Prozess dahin, kann für eine Klarheit sorgen.

Ich möchte einen zweiten Aspekt benennen, von dem ich glaube, dass man sich vielleicht das eine oder andere abgucken kann, und was sich auch in den Papieren der anderen Sachverständigen zum Teil wiedergefunden hat. Wir haben beispielsweise in den Vereinigten Staaten eine Kultur der regelmäßigen Befassung beider Kammern des Kongresses mit strategischen Dokumenten, die von der Bürokratie regelmäßig vorgestellt werden, [.....] beispielsweise. Die ehemalige Außenministerin Clinton hat das erweitert auf eine Berichterstattung, die ich sehr wichtig finde, nämlich die Frage, was macht unsere Diplomatie. Dort würde das in unserer Zuständigkeit auch das BMZ mit umfassen, weil es dort anders organisiert ist. Ich will mich gar nicht auf ein Instrument festlegen, aber einen regelmäßigen Anlass für diese strategischen Debatte zu schaffen, von Seiten des Parlaments, wäre etwas, was uns voranbringen kann, und ich glaube, auch eine Diskussion, an der unsere europäischen Partner mit sehr großem Interesse teilnehmen würden. Und wir sehen bei der Europäischen Sicherheitsstrategie - ich finde, in vielen Bereichen ist die immer noch sehr aktuell. Man hat auch gesehen, dass sie in



der Lage war, bestimmte Bedrohungselemente - weil eine richtige Bedrohungsanalyse gibt es nicht, das stimmt, das ist erwähnt worden - in der Überprüfung Cyber-Security beispielsweise hinzuzufügen. Aber wir haben eben auch gesehen - und damit komme ich auf die Bemerkung von Herrn Gehrcke -, die Veränderungen auf globaler Ebene sind eben nicht einbezogen worden, weil sie zur Zeit der Erstellung diese Rolle noch nicht gespielt haben. Also, einen regelmäßigen Anlass schaffen, finde ich, wäre keine schlechte Idee.

Ich muss jetzt natürlich noch etwas zu der neuen Weltordnung sagen, weil ich nicht weiß, ob du mich da in der Form in Anspruch genommen hast, die gar nicht meine Absicht war. Ich glaube nämlich nicht, dass der Begriff „Herrschaft der Vereinigten Staaten ist zu Ende“ die Lage trifft. Wir haben als Bundesrepublik Deutschland immer, um den ernsten Gehalt zu kommen, sehr profitiert von einem liberalen, globalen System. Es gibt ja den schönen Spruch: „Difficult to built, easy to join, hard to overturn“. Da ist ja ein bisschen was dran. Aber wir haben als Westen, wenn ich das jetzt mal so sagen darf, diese Weltordnung gebaut und sie reflektiert natürlich nicht die Interessen derjenigen, die nur aufgesprungen sind auf den Zug und die jetzt aus guten Gründen, finde ich, Ansprüche stellen, diese internationale liberale Weltordnung umzugestalten in einigen Bereichen. Das muss nicht immer in unserem Interesse sein, aber eine Offenheit finde ich wichtig. Und deswegen glaube ich, lohnt es sich, Debatten gerade in Washington zu verfolgen. Es gab ein ganz interessantes Papier, der eine oder andere von Ihnen hat es vielleicht gesehen, mit einer etwas provokanten Überschrift: „Globals Swing States“. Ich fand die Überschrift ganz wichtig, aber was dahinter steht, ist ein Denken in Nullsummen-Kategorien. Wer entscheidet sich für uns und wer entscheidet sich für den anderen. China? Wird aber meistens nicht ausgesprochen. Ich glaube nicht, dass das die Politik sein kann, die im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt, sondern wir müssen zu einem Ausgleich kommen, wir müssen in der Lage sein, unsere eigenen Strukturen anzupassen, zu erweitern und die Debatte zu führen. Und die Debatte werden wir aufgrund der relativen Schwächung, die hier auch diskutiert worden ist, auf Augenhöhe führen müssen. Das finde ich prinzipiell nicht schlecht, aber das ist eine Herausforderung.

Herr Vorsitzender, wenn Sie mir noch eine kurze Bemerkung erlauben. Die Frage Rückholrecht ist meiner Meinung nach wesentlich politisch brisanter, als es Herr Wagner in seiner Stellungnahme dargestellt hat. Ich erinnere mich sehr genau daran, dass die damalige sozialistische Opposition in Spanien mit einer Forderung in den Wahlkampf gegangen ist, die Truppen Spaniens aus dem Irak-Krieg zurückzuziehen. Das waren kämpfende Truppen. Sie haben die Wahl gewonnen und die Truppen waren innerhalb von wenigen Monaten wieder zu Hause. Wenn Sie mir das erlauben, ich fand das eine richtige Entscheidung. Aber meiner Meinung nach sollte man mit der Frage Rückholrecht in der Debatte, die notwendig ist, die Herr Kiesewetter u.a. mit Herrn Schockenhoff angestoßen hat, sehr differenziert umgehen, weil da eine ganz Menge Sprengstoff drin steckt. Und das muss nicht unbedingt die Rechte eines Parlamentes aushöhlen, wie Sie das, glaube ich, so ein bisschen befürchtet haben. Und da ich mal Politiker war, sage ich jetzt eine allerletzte Bemerkung zur Kultur der Zurückhaltung. Ich arbeite für eine Stiftung, die sich in über 100 Ländern der Welt zurückhält. Also, man muss sich ein bisschen, wenn man das betrachtet, die deutsche Politik, davon lösen, nur auf unseren militärischen Beitrag zu schauen. Und wenn ich mir die Herausforderung anschau in Nordafrika, aber auch Osteuropa, wie richtig bemerkt worden ist, wie gehen wir mit einem Land wie der Ukraine um in den nächsten Jahren, was passiert mit Belarus. Da sind viele Fähigkeiten gefordert, aber nicht militärische Fähigkeiten. Und wir halten uns in diesen

Ländern auch nicht immer unbedingt zurück und deswegen glaube ich [.....] Ich bin ein großer Unterstützer der Kultur der militärischen Zurückhaltung, aber wenn man über Begrifflichkeiten redet, gehört es ein bisschen zur Ehrlichkeit dazu, dass wir nicht überall zurückhaltend sind. Und damit bedanke ich mich. Und, Herr Vorsitzender, eine persönliche Bemerkung, wenn ich das sagen darf: Ich bedaure es sehr, dass Sie eine Anhörung im nächsten Deutschen Bundestag nicht werden leiten können, aber ich bedanke mich nochmal sehr herzlich für Ihre Arbeit und Ihr Engagement.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Annen. Vielen Dank an alle, die wir als Gäste und Sachverständige eingeladen haben. Ich werde jetzt nicht den Versuch unternehmen, die Debatte zusammenzufassen. Vielleicht nur einen Punkt. Ich glaube, dass die Baustellen bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sehr gut herausgearbeitet worden sind durch diese Anhörung und dafür gebührt Ihnen viel Dank. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist mehr, als nur über Militär zu sprechen, das ist sehr deutlich geworden. Aber sie kann eben dazu führen, dass bewaffnete Streitkräfte eingesetzt werden müssen, und deshalb führt sie auch zum Kern des Souveränitätsverständnisses, und das war ein Schwerpunkt heute auch in unserer Diskussion. Wie sollen wir die Rückkopplung der Entscheidung, die Legitimierung durch die souveränen Staaten oder den nachnationalen Souveränen oder beides organisieren, so, dass aber die Handlungsfähigkeit auch erhalten bleibt. Das ist weiterhin die Aufgabe, und Sie haben uns heute, denke ich, sehr geholfen, diese Fragen weiter zu bearbeiten. Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen, die die Fragen vorbereitet haben, die auch die ganze Anhörung über dagewesen sind und schließe die Sitzung.

Ruprecht Polenz, MdB  
**Vorsitzender**